

Aus der Abteilung für Versicherungs-Veterinärmedizin,
Statistik und Dokumentation des Fachbereiches Veterinärmedizin
der Freien Universität Berlin

Leiter: Professor Dr. S. Schönherr

NUTZTIERE ALS URSACHE VON ARBEITSUNFÄLLEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Beitrag zur Schadenursachenstatistik

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines

Doktors der Veterinärmedizin

an der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Otto Welcker

Tierarzt aus Cottbus

Berlin 1972

Journal-Nr. 784

Aus der Abteilung für Versicherungs-Veterinärmedizin,
Statistik und Dokumentation des Fachbereiches Veterinärmedizin
der Freien Universität Berlin

Leiter: Professor Dr. S. Schönherr

NUTZTIERE ALS URSACHE VON ARBEITSUNFÄLLEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Beitrag zur Schadenursachenstatistik

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines
Doktors der Veterinärmedizin
an der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Otto Welcker

Tierarzt aus Cottbus

Berlin 1972

Journal-Nr. 784

Gedruckt mit Genehmigung
des Fachbereiches Veterinärmedizin
der Freien Universität Berlin

Vorsitzender : Prof. Dr. H.-J. Sinell
Referent : Prof. Dr. S. Schönherr
Korreferent : Prof. Dr. H.-J. Heidrich

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Juli 1972



Meinen Eltern gewidmet



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553616_0002

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. EINLEITUNG	1
B. SCHRIFTTUM	2
I. Organisation und Aufgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften	2
II. Erläuterung zum Begriff "Arbeitsunfall"	7
III. Unfallursachen und Unfallursachenstatistiken	9
IV. Angezeigte Tierunfälle der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vor dem Jahre 1945	12
C. EIGENE UNTERSUCHUNGEN	15
I. Material und Methodik	15
II. Angezeigte Unfälle der 18 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1970	18
III. Repräsentative Stichprobe von Arbeitsunfällen aus dem Jahre 1969	43
1. Die Auswahl der Unfallanzeigen	43
2. Die repräsentative Stichprobe und ihre Auswertung	45
3. Die durch Tiere verursachten Unfälle im weiteren Sinne	48
4. Die durch Tiere verursachten Unfälle	50
5. Die durch Tiere verursachten angezeigten Arbeitsunfälle	52
6. Die durch Tiere verursachten erstmals entschädigten Unfälle	54
7. Die durch Tiere verursachten tödlichen Unfälle	57
8. Betriebsgröße und Unfallhäufigkeit	59
IV. Die Höhe der Entschädigungskosten von Unfällen (Fallsammlung)	60
V. Unfälle und Berufskrankheiten der Tierärzte von 1949 bis 1970	66
VI. Schlußbetrachtung	70
D. ZUSAMMENFASSUNG - SUMMARY	77
Verzeichnis der Schaubilder, Tabellen und Anlagen	79
Literaturverzeichnis	81

A. EINLEITUNG

Der zunehmende Einsatz von Maschinen und Kraftfahrzeugen hat in den letzten Jahrzehnten zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft geführt. Die Tierhaltung bildet aber auch heute noch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, trotz aller Mechanisierung, den Schwerpunkt der Landwirtschaft.

Die beim Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren entstehenden Personenschäden sind deshalb noch immer von großer Bedeutung. Diesem Teilgebiet der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist in der Vergangenheit, gerade auch von tierärztlicher Seite, wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die letzte zusammenfassende Untersuchung über die Rolle der Tiere im Unfallgeschehen stammt aus der Vorkriegszeit.

Aus diesem Grunde wurde mir von Herrn Professor Dr. Schönherr die Aufgabe gestellt, die Berichte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg so vollständig wie möglich zusammenzutragen, das daraus gewonnene statistische Material nach Jahren, Arbeitsunfällen, Tierarten, Tierunfällen, Unfallursachen, Unfallvorgängen, verletzten Körperteilen und Alter der betroffenen Personen auszuwerten, die Ergebnisse statistisch darzustellen sowie die Verbindungen der Unfallverhütung in der Landwirtschaft zum tierärztlichen Beruf zu untersuchen.

B. S C H R I F T T U M

I. Organisation und Aufgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung sind die Berufsgenossenschaften (RENGERT, 1950) für die in der Landwirtschaft tätigen Personen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (LBG). Sie sind Selbstverwaltungskörperschaften und blicken auf eine über 80-jährige Erfahrung in der Unfallverhütung zurück.

Bevor das "Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884" in Kraft getreten war - es handelte sich hier um den Dritten Gesetzentwurf, der vom Kaiser zum Gesetz erhoben wurde - bestanden im Deutschen Reich nur einzelne Sonderregelungen, wie z. B.:

Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794

Die Preußische Gesindeordnung von 1810

Das Preußische Eisenbahngesetz von 1838

Das Preußische Handelsgesetz von 1861,

die den betroffenen Arbeitnehmern einen gewissen Schutz bei Krankheit, Unfall oder in anderen Notlagen zusicherten (LAUTERBACH, 1967). Das o.g. Gesetz schuf die fachlich gegliederten Berufsgenossenschaften als öffentlich-rechtliche Zwangsgenossenschaften der zu einem bestimmten Berufszweig gehörenden Unternehmer versicherter Betriebe.

Im Jahre 1886 wurde den LBG mit dem "Reichsgesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in

land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886" (RGBl. S. 132 ff) erstmals die gesetzliche Aufgabe der Unfallverhütung übertragen.

Der Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der bis dahin ergangenen Sozialversicherungsgesetze und der zahlreichen Änderungen wurde in der "Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911" (RGBl. S. 509) ein Ende gesetzt. Sie regelt in 6 Büchern die damals bestehenden Zweige der Sozialversicherung, nämlich die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung einschließlich der neu eingeführten Hinterbliebenenversicherung (LAUTERBACH, 1967).

Im Laufe der Jahre wurde das Unfallversicherungsgesetz auf immer neue Tätigkeiten und Personenkreise ausgedehnt. Schlußstein dieser Entwicklung war das "Sechste Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 9. März 1942" das die bisherige Versicherung der Betriebe in eine Personenversicherung umwandelte. Durch das "Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG) vom 30. April 1963" wurden die Vorschriften neu gefaßt und die Leistungen wesentlich verbessert. Dieses Gesetz ermöglicht den Berufsgenossenschaften, die Unfallverhütungsarbeit zu intensivieren und neue Unfallverhütungsmaßnahmen zu ergreifen.

Den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften obliegt auf Grund von § 537 Nr. 1, § 546 RVO nach näherer Bestimmung der §§ 801, 708 bis 722 RVO (Anlage 4) die Sorge für die Verhütung von Arbeitsunfällen und eine wirksame Erste Hilfe. Neben der

technischen Unfallverhütung hat die psychologische zunehmend an Bedeutung gewonnen (NOELL, 1963); in diesem Rahmen bedienen sich die Berufsgenossenschaften moderner Werbemittel. Ihre wichtigste Aufgabe liegt aber in der Besichtigung und Überwachung der landwirtschaftlichen Betriebe, in Verbindung mit einer gezielten Beratung der Landwirte.

Folgende landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sind in der Bundesrepublik Deutschland tätig:

1. B a d i s c h e LBG, Karlsruhe
2. B r a u n s c h w e i g i s c h e LBG,
Braunschweig
3. H a n n o v e r s c h e LBG, Hannover
4. H e s s e n - N a s s a u i s c h e LBG, Kassel
5. LBG N i e d e r b a y e r n - O b e r p f a l z ,
Landshut
6. LBG O b e r b a y e r n , München
7. LBG O b e r f r a n k e n u n d M i t t e l -
f r a n k e n , Bayreuth
8. LBG O l d e n b u r g - B r e m e n , Oldenburg
9. LBG R h e i n h e s s e n - P f a l z , Speyer
10. LBG f ü r d a s S a a r l a n d , Saarbrücken
11. LBG S c h w a b e n , Augsburg
12. LBG U n t e r f r a n k e n , Würzburg
13. LBG W ü r t t e m b e r g , Stuttgart
14. Land- und forstwirtschaftliche BG für den Reg.-
Bez. D a r m s t a d t , Darmstadt
15. L i p p i s c h e LBG, Detmold
16. R h e i n i s c h e LBG, Düsseldorf
17. S c h l e s w i g - H o l s t e i n i s c h e
LBG, Kiel
18. W e s t f ä l i s c h e LBG, Münster
19. G a r t e n b a u BG, Kassel

Die Hannoversche LBG nimmt die Aufgaben der landwirtschaftlichen Unfallversicherung im Lande Berlin wahr.

Zusammengeschlossen sind die o.g. Genossenschaften im

Bundesverband der land-
wirtschaftlichen Berufs-
genossenschaften

in Kassel, bei dem für die überregionalen Aufgaben eine

"Hauptstelle für land-
wirtschaftliche Unfall-
verhütung"

besteht. Die Berufsgenossenschaften geben jährlich Unfallverhütungs-, Jahres- oder Verwaltungsberichte heraus, in denen unter anderem Angaben über ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung und die Zahl und Art der Unfälle vorgelegt werden.

Schaubild 1 vermittelt eine Übersicht über die von den einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betreuten Bereiche. Diese Räume decken sich nicht mit den heutigen Bundesländern. Die Einteilung spiegelt teilweise die Länder und Provinzen des Deutschen Reiches wieder.

Die Gartenbau-Berufsgenossenschaft ist für das gesamte Bundesgebiet, einschließlich Westberlin, zuständig.

Durch das "Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) vom 27. 7. 57 (gültig in der Fassung vom 29. Juli 1969)" wurden schließlich bei den Berufsgenossenschaften auch noch Alterskassen eingerichtet.

Bereiche der landw. Berufsgenossenschaften in der BRD

Schaubild 1



Ihre Aufgabe ist es, für die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Unternehmer und ihrer mitarbeitenden Familienangehörigen zu sorgen.

II. Erläuterung zum Begriff "Arbeitsunfall"

Jedem Versuch einer Bearbeitung von Unfallproblemen müssen Begriffsbestimmungen vorangestellt werden.

Nach den Untersuchungen von GLAESER (1957) im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung läßt sich aus den allgemeinen Merkmalen des Unfallgeschehens folgende Definition des Begriffes "Unfall" ableiten:

"Ein Unfall ist ein schädliches Ereignis, das durch eine kritische Konstellation gefährlicher Umstände plötzlich ausgelöst wird, wobei die seinem Gefahrenbereich ausgesetzten Personen den für die schädlichen Folgen der das Ereignis kennzeichnenden Gefahren nicht ausweichen können oder ihnen unversehens erliegen."

Aus der Tatsache, daß als Unfall ein bestimmtes einzelnes, von einer Beschädigung des Körpers begleitetes Ereignis anzusehen ist, hat sich in der privaten Unfallversicherung (FREY, 1966) folgende Definition entwickelt:

"Ein Unfall im Sinne der privaten Versicherung liegt vor, wenn der Versicherte durch ein plötzlich von außen auf seinen Körper wirkendes Ereignis unfreiwillig eine Gesundheitsschädigung erleidet."

LIENAU (1970) versteht unter Unfall den

"Mißerfolg bei der Arbeit, der die aktuellen oder latenten Erwartungen hinsichtlich der Sicherheit der Arbeit nicht erfüllt".

Eine Definition des Begriffes "Arbeitsunfall" wird in den §§ 548-551 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes (UVNG) vom 30. April 1963 (Anlage 4) gegeben. Danach gilt als Arbeitsunfall ein Unfall, den ein Versicherter bei einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 (Anlage 4) genannten Tätigkeiten, bzw. auf einem Weg (Wegeunfall) nach und von dem Ort der Tätigkeiten, erleidet.

Als Arbeitsunfall gilt ferner eine Berufskrankheit. Berufskrankheiten sind gemäß § 551 UVNG Krankheiten, welche die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bezeichnet und die ein Versicherter bei einer in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten erleidet.

Von den Berufsgenossenschaften wird der Unfallbegriff teils auf Grund ihrer Verfahrenspraxis, teils auf Grund von Gerichtsentscheidungen auch auf gewisse Personenschäden erweitert, die nicht durch plötzliche, sondern durch allmähliche Einwirkung gefährlicher Umstände verursacht und erst später erkannt werden, z.B. Erfrierungen oder Entzündungen durch Infektionen (GLAESER, 1957).

III. Unfallursachen und Unfallursachenstatistiken

FEDER (1954) bezeichnet die Ursachenforschung als eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitsschutzes. Es können nur wirksame Maßnahmen gegen Unfälle unternommen werden, wenn die genauen Ursachen bekannt sind. Um sie zu erforschen, ist es notwendig, eine Unfallursachenstatistik aufzustellen. In diesen Statistiken werden als Ursachen z. B. Tiere, Leitern, Maschinen oder ähnliches angegeben, obwohl als Unfallursache nicht die Maschine, sondern ein Defekt an ihr, nicht das Tier, sondern menschliches Fehlverhalten in Frage kommen. Deshalb ist es wichtig, die Unfallursachenstatistiken ständig weiter auszubauen.

POWISCHILL (1952) gibt an, daß etwa 80 % der Unfälle auf menschliches Versagen und nur 20 % auf technische Defekte zurückzuführen sind. Da aber die Unfallursachenstatistiken vorwiegend nach dem Wortlaut der Unfallanzeigen erstellt werden, deren Angaben durch vielerlei Einflüsse ein verzerrtes Bild wiedergeben, ist die tatsächliche Unfallursache vielfach schwer oder gar nicht zu ermitteln. Oft soll ein für die Unfallperson peinlicher Tatbestand verschwiegen werden, oder es ist schon zuviel Zeit zwischen dem Unfall und der Erstellung der Anzeige vergangen, so daß die Erinnerung an den objektiven Tatbestand verschwommen ist. Es wäre deshalb unbedingt erforderlich, daß eine sofortige Untersuchung des Unfalles am Unfallort mit mündlicher Befragung des Verletzten durchgeführt würde, um ein exaktes Bild vom Unfall zu erhalten, den Unfall in der Statistik in die richtige Sparte eingruppieren und eine

wirkungsvolle Unfallverhütung betreiben zu können.

Auf Grund eingehender Unfalluntersuchungen in einem Industriebetrieb kommt SOMMERFELD (1954) zu dem Ergebnis, "daß sich an Hand der Unfallanzeigen und anderer Aktenunterlagen eine Unfallursachenstatistik, die Anspruch auf Wirklichkeitsnähe erheben könnte, nicht aufstellen läßt." Er erarbeitete ein Schema für die Fragen an Unfallbeteiligte zur Untersuchung von Unfällen und wies besonders darauf hin, daß bei mündlichen Befragungen die herkömmliche Schuldfrage zu vermeiden sei, um bei dem Befragten nicht von vornherein eine Einstellung hervorzurufen, die es darauf anlegt, den Unfallhergang zu verschleiern.

GLAESER (1957) teilt die Umstände, die am Zustandekommen eines Unfalles beteiligt sein können, folgendermaßen ein:

1. Persönliche Umstände (z.B. Ermüdung, Unsicherheit, Abgelenktheit, Fahrlässigkeit, Krankheit, Angst),
2. Sachliche Umstände (z.B. mangelhafte Kleidung, Konstruktionsmängel, Funktionsmängel, Verschleiß),
3. Organisatorische Umstände (z.B. mangelhafte Unterrichtung, mangelhafte Vorschriften, mangelhafte Instandhaltung, mangelhafte Kontrolle),

4. Umwelteinflüsse (z.B. Klima, Sicht, Beleuchtung, Lärm, räumliche Einengung, Erschütterungen).

Auf diese Umwelteinflüsse als wichtiger Faktor beim Entstehen von Unfällen gehen sowohl CYRAN (1957) als auch REITER (1954) ein. Letzterer stellt fest, daß ein Zusammenhang zwischen dem Wetter und der Betriebsunfallhäufigkeit besteht. Durch eine Zunahme der Reaktionszeit bei biotropem Wetter tritt eine Steigerung der Betriebsunfallhäufigkeit von 20-25 % ein; die Zahl der Tage mit biotropem Wetter wird in Süddeutschland und Hessen mit etwa 75 pro Jahr angegeben.

Eine wesentliche Bedeutung muß der psychologischen Seite der Unfallursache beigemessen werden. RÜSSEL (1957) beschäftigte sich mit dem Problem der psychologischen Diagnose besonders gefährdeter Personen und teilt diese in vier Personengruppen ein:

1. die Schwerfällig-Trägen,
2. die Unbekümmerten mit Darstellungsbedürfnis,
3. die Menschen, die ein wechselhaftes Verhalten zeigen,
4. Menschen mit geringer Belastbarkeit und erhöhter Störbarkeit.

MÜLLER (1956) gibt an, daß neue Mitarbeiter besonders häufig von Unfällen betroffen sind, weil sie sich bis zu ihrer Anpassung unsicher fühlen.

Eine ausführliche Untersuchung über den Einfluß psychologischer Faktoren auf das Unfallgeschehen im Bereiche der Landwirtschaft führte LIENAU (1970) durch. Sie stellt fest, "daß die Mehrzahl der Unfälle sich auf einen verhältnismäßig geringen Personenkreis konzentriert, während bei annähernd gleicher Gefährdung ein relativ großer Personenkreis unfallfrei bleibt" und daß wegen der Unzulänglichkeit der Unfallmeldebögen nur die unmittelbar zum Unfall führenden und nicht die "tiefer liegenden Ursachen" erfaßt werden. Gerade diese sind aber für die Verhütung von Unfällen von besonderer Wichtigkeit. Zu diesen tiefer liegenden Ursachen gehören u. a. Unzufriedenheit im Beruf und Arbeitsüberlastung und damit geringere Konzentration. Als ein Mittel zur Herabsetzung der Unfallhäufigkeit wird die bessere landwirtschaftliche Ausbildung, insbesondere der Besuch von Fachkursen, empfohlen.

IV. Angezeigte Tierunfälle der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vor dem Jahre 1945

Eine Zusammenstellung der Tierunfälle in Deutschland aus den Jahren 1928 - 1937 veröffentlichte HABERNOLL (1940), die von GOERTTLER (1941) im tierärztlichen Schrifttum ausführlich referiert wurde. Nachfolgende Übersicht zeigt, welche Rolle die durch Tiere verursachten Unfälle in diesem Zeitraum spielten:

Jahr	vorgekommen		entschädigt		tödlich	
		%		%		%
1928	19032	16,7	12386	16,0	366	13,1
1929	41616	16,6	12913	15,7	386	13,3
1930	40054	16,6	11379	15,3	330	12,4
1931	39345	16,6	9028	15,4	319	13,3
1932	35630	16,3	5386	13,8	305	12,2
1933	38255	14,4	5681	14,0	356	11,7
1934	40394	14,8	5840	13,5	396	11,9
1935	40625	14,3	6102	14,2	418	12,3
1936	43778	14,6	5470	14,4	464	13,2
1937	47563	15,2	5408	14,1	445	12,6

Die Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf die Gesamtzahl der bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vorgekommenen, entschädigten bzw. tödlichen Unfälle in Deutschland.

Es entfielen durchschnittlich 16 % der vorgekommenen, 15 % der entschädigten und 12,5 % der tödlichen Unfälle auf tierbedingte Unfälle.

Die Hauptrolle im Unfallgeschehen spielten naturgemäß Pferde und Rinder. Bei den Unfällen mit tödlichem Ausgang ereigneten sich die meisten durch Pferde. 90 % der Unfälle wurden hier durch Hufschläge verursacht. Bei 22 % der durch Pferde Getöteten handelte es sich um Jugendliche unter 20 Jahren. An zweiter Stelle standen die Rinder, die tödliche Unfälle

überwiegend (30 % - 50 %) durch Hornstöße und Quetschungen herbeiführten. Bemerkenswert ist, daß bei den durch Rinder verursachten Unfällen etwa die Hälfte auf Bullen entfiel.

Den anderen Haustierarten kam eine geringere Bedeutung zu. Trotzdem seien hier nur beispielhaft einige von HABERNOLL angeführte Zahlen erwähnt, um zu zeigen, daß auch die kleineren Tierarten schwere Unfälle verursachen können.

In den Jahren 1927 - 1932 wurden in Preußen, Bayern, Württemberg und Baden durch Schweine 23, durch Ziegen 7, durch Schafe 5, durch Hunde 14 und durch Katzen 3 Menschen getötet. Als auslösende Todesursache wurden bei den durch Schweine Getöteten 13 mal, bei den Opfern der Hunde in allen Fällen Bißverletzungen festgestellt. Katzen verursachten Kratzwunden, zu denen Infektionen traten. Im Jahre 1932 wurden in Württemberg von einem Schwein beide Beine eines 5 Monate alten Säuglings bis zu den Knien abgefressen. Die Ziegen fügten den Verunglückten in 5 Fällen mit den Hörnern tödliche Darmverletzungen zu, während die Schafe die betroffenen Personen umrannten. Sogar 2 durch Geflügel verursachte Todesfälle wurden erwähnt; einmal war ein Hahn und einmal eine Gans die Ursache.

C. EIGENE UNTERSUCHUNGEN

I. Material und Methodik

1. Um möglichst umfangreiches und lückenloses statistisches Material zu erhalten, wurde an alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geschrieben und um Übersendung ihrer Unfallverhütungs-, Jahres- oder Verwaltungsberichte ab 1945 gebeten. Ohne Ausnahme zeigten sich die Berufsgenossenschaften dem Anliegen gegenüber aufgeschlossen und waren bemüht, Material für die Erhebung zu beschaffen. Trotzdem gelang es jedoch nicht, sämtliche erforderlichen Berichte von diesem Zeitpunkt ab zu erhalten, teils weil sie nicht mehr vorrätig waren, teils weil, vor allem kurz nach dem zweiten Weltkrieg, keine Statistiken erstellt worden sind. Es wurden, soweit vorhanden, alle Unterlagen von 1945 bis 1970 berücksichtigt.

Leider war es nicht möglich, ein einheitliches und zugleich praktikables Auswertungsschema zu entwickeln, weil die einzelnen Berufsgenossenschaften nach Form und Inhalt unterschiedliche Berichte herausgeben. Erst vom Jahre 1964 ab wurde damit begonnen, die Unfälle nach einem bundeseinheitlichen Schlüssel auszuwerten. Die aus den Berichten direkt entnommenen bzw. aus dem Text und den Aufstellungen herausgezogenen Zahlenangaben

- Gesamtunfallzahlen, Tierunfallzahlen, evtl.

Aufschlüsselung nach Tierarten -

wurden in den Tabellen 1 - 18 nach Berufsgenossenschaften und Jahren geordnet zusammengestellt.

Ein Teil der Angaben stammt aus dem mit den Berufsgenossenschaften geführten Schriftwechsel.

Die Jahresberichte der Gartenbau-Berufsgenossenschaft wurden für die Auswertung der durch Tiere verursachten Unfälle nicht herangezogen, weil sich dort keine nennenswerten Unfälle dieser Art ereigneten.

2. Um darüber hinaus genauere Aussagen über den Unfallhergang, die Art der Verletzungen und die unfallverursachende Tierart treffen zu können - derartige Aufschlüsse vermitteln die Unfallverhütungs-, Jahres- oder Verwaltungsberichte nicht -, wurde eine repräsentative Stichprobe von Unfallanzeigen des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Kassel aus dem Jahre 1969 am Ort ausgewertet. Dazu wurden alle von den einzelnen Berufsgenossenschaften angeforderten Unfallanzeigen (Tab. 19) bearbeitet und die Tierunfälle herausgezogen und nach Umfang, Art und Vorgang ausgewertet (Tab. 20 u. 21). Nähere Angaben über die Auswahl der Stichprobe und die Art der Auswertung finden sich im Abschnitt III.
3. Außerdem wurden die Unfallverhütungs- und Verwaltungsberichte der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege zur Auswertung herangezogen, um ein Bild über Unfälle und Berufskrankheiten der Tierärzte zu erhalten. Praxis ausübende Tierärzte sind Pflichtmitglieder der o. g. Berufsgenossenschaft. Tabelle 22 gibt Auskunft über die Entwicklung der Zahl der Versicherten, der erfaßten Betriebe, der Unfälle,

der Berufskrankheiten und der Entschädigungskosten. In Tabelle 23 wird eine Übersicht über die Berufskrankheiten der Tierärzte in den Jahren 1949 - 1970 gegeben.

4. Da in den Unfallverhütungs-, Jahres- oder Verwaltungsberichten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften keine gesonderten Angaben über Entschädigungskosten enthalten sind, die für die durch Tiere verursachten Unfälle aufgewendet werden mußten, wurde als Beispiel eine vollständige Aufstellung solcher Unfälle und Berufskrankheiten einer süddeutschen Berufsgenossenschaft aus dem ersten Halbjahr 1963 ausgewertet und die durchschnittlichen Kosten für einen Arbeitsunfall und für eine Berufskrankheit errechnet. Diese Sammlung war von der Berufsgenossenschaft für andere Zwecke angelegt und kurzfristig zur Verfügung gestellt worden.
5. Schließlich wurden auch alle Zoologischen Gärten und Tierparks in der Bundesrepublik Deutschland angeschrieben, um das Zahlenmaterial noch durch Angaben über Unfälle, die aus dem Umgang mit Zootieren herrühren, zu vervollständigen. Nur eine Direktion übermittelte eine größere Aufstellung. Die anderen Zoologischen Gärten gaben entweder an, bei ihnen ereigneten sich keine nennenswerten Unfälle, es sei keine Statistik geführt worden, --- oder sie antworteten gar nicht.

II. Angezeigte Unfälle der landwirtschaftlichen

Berufsgenossenschaften

vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1970

Erläuterungen zu den Tabellen 1 - 18:

- a) Bei den in Klammern stehenden Zahlen handelt es sich um von Tieren verursachte Unfälle mit tödlichem Ausgang.
- b) In der Spalte "Sonstige" sind die durch Hunde, Katzen, Insekten u. a. nicht einzeln bezeichnete Tiergruppen verursachten Unfälle summarisch enthalten.
- c) Die in den Tabellen aufgeführten Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf den Anteil der durch Tiere verursachten Unfälle an der Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle.

Tabelle 1

1. Badische LBG

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%
1950	20189		
1955	28056		
1956	26799		
1957	26917		
1958	27604		
1959	26648		
1960	25966		
1961	25984		
1962	23905		
1963	23108		
1964	22301	1296 (3)	5,8
1965	20735	1216 (6)	5,9
1966	21035	1263 (5)	6,0
1967	21378	1361 (2)	6,4
1968	20106	1583 (6)	7,9
1969	18995	1569 (1)	8,3
1970	17895	1425	8,0

Tabelle 2

2. Braunschweigische LBG

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1957		457 (1)				
1958		456 (1)				
1959		436 (4)				
1960		357 (3)				
1961		345 (3)				
1962		268 (3)				
1963		228 (1)				
1964	2383	254 (2)	10,7			
1965	2250	199 (-)	8,8			1
1966	2038	208 (1)	10,2	172 (1)	31	5
1967	1721	208 (1)	12,1	185 (1)	14	9
1968	1691	217 (2)	12,8	212 (2)	2	3
1969	1590	189	11,9	181	2	6
1970	1561	163	10,4	134	24	5

Tabelle 3

3. Hannoversche LBG

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1946	15578					
1947	16797	2091	12,5			
1948	19632	2505	12,8			
1949	26688	4067	15,2			
1950	31404	(37)				
1951	34381					
1952	35504	(26)				
1953	38185	6709 (49)	17,6			
1954	37990	6204 (40)	16,3			
1955	39571	5948 (26)	15,0			
1956	38198	5540 (29)	14,5			
1957	38056	5507 (30)	14,5			
1958	38261	5413 (26)	14,1			
1959	36748	5714 (21)	15,5			
1960	35630	5076 (15)	14,2			
1961	35653	4857 (23)	13,6			
1962	33677	4330 (39)	12,9			
1963	31939	3683 (19)	11,5			
1964	31638	3908 (15)	12,4			
1965	32423	4319 (9)	13,3	3581 (6)	601 (2)	137 (1)
1966	32242	4928 (9)	15,3	4185 (5)	615 (3)	128 (1)
1967	31577	4267 (3)	13,5	3663 (2)	457 (1)	147
1968	31735	4199 (2)	13,2	3608 (1)	469 (1)	122
1969	31295	4296 (14)	13,7	3730 (11)	464 (3)	102
1970	29834	4529 (6)	15,2	3987 (6)	426	116

Tabelle 6

6. LBG Oberbayern

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast- tiere	Zugtiere	Sonstige
1953		1876 (10)		864 (1)	1012 (9)	
1954		2032 (8)		944 (2)	1088 (6)	*
1955	15349	1731 (13)	11,3	969 (6)	762 (7)	
1956	14878	1850 (8)	12,4	932 (3)	918 (5)	
1957	13629	1524 (20)	11,2	927 (9)	597 (11)	
1958	13630	1337 (12)	9,8	867 (5)	470 (7)	
1959	12050	1374 (4)	11,4	942 (1)	432 (3)	
1960	11173	1251 (6)	11,2	957	294 (6)	
1961	10799	1210 (3)	11,2	1014 (2)	196 (1)	
1962		1012		875 (1)	137 (1)	
1963		939 (2)		900 (2)	39	
1964	9909	867	8,7			
1965	9086	926 (2)	10,2	865 (2)	40	21
1966	8735	907	10,4	859	34	14
1967	9058	908 (1)	10,0	848	33 (1)	27
1968	8935	938 (3)	10,5	884 (2)	19	35 (1)

Tabelle 7

7. LBG Oberfranken und Mittelfranken

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlachttiere	Zugtiere	Sonstige
1959	13513	2028	(8)	15,0		
1960	12871	2037	(12)	15,8		
1961	13268	1701	(5)	12,8		
1962						
1963						
1964	15424	1713	(4)	11,1	256	215 (1)
1965	14510	1533	(4)	10,6	188 (1)	196 (1)
1966	15209	1652	(4)	10,9	170	233 (1)
1967	15888	1290	(3)	8,1	98 (1)	233
1968	15216	1143		7,5	48	204
1969	14954	1213	(2)	8,1	35	248 (1)
1970	14641	1148	(1)	7,8	41	236 (1)

Tabelle 8

8. LBG Oldenburg-Bremen

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1946		208 (4)				
1947		212 (6)				
1948		310 (5)				
1949		419 (6)				
1950		522 (3)				
1951		541 (8)				
1952		521 (6)				
1953		550		288	237	25
1954		578		315	236	27
1955		499		298	185	16
1956		605		392	194	19
1957		595		405	174	16
1958		606 (1)		438 (1)	148	20
1959		663 (1)		472 (1)	174	17
1960		639 (4)		502 (4)	126	11
1961		570 (1)		447	110 (1)	13
1962		534		444	79	11
1963		443 (3)		350 (3)	87	6
1964	3709	565	15,2	480	78	7
1965	3879	583	15,0			
1966	3867	579	15,0	526	49	4
1967	3861	602	15,6	532	52	18
1968	4018					
1969	4072					

Tabelle 9

9. LBG Rheinhessen-Pfalz

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zug-, Vater- tiere	Pferde	Bullen	Eber	Sonstige
1960	10943								
1961	10541	982 (4)	9,3	590	360 (4)				32
1962	9610	881 (1)	9,2	484	368				29 (1)
1963	9889								
1964	9430	765 (1)	8,1	403	312 (1)				50
1965	9218	701 (3)	7,6	368 (1)	305 (2)				28
1966	9004	700 (1)	7,8	379 (1)	287				34
1967	9208	723	7,9	404	277				42
1968	9005	622 (2)	6,9	326	28	154 (1)	68 (1)	4	42
1969	8724								
1970	8261								

Tabelle 10

10. LBG für das Saarland

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Masttiere	Zugtiere	Sonstige
1962	1824	130	7,1			
1963	1747	101 (2)	5,8			
1964	1610	125 (4)	7,8	97 (2)	24 (2)	4
1965	1593	93	5,8	73	16	4
1966	1560	98 (2)	6,3	79 (1)	11	8 (1)
1967	1681	90 (1)	5,4	78 (1)	6	6
1968	1649	110 (1)	6,7	98 (1)	7	5
1969	1720	91	5,3	77	6	8
1970	1525	106	7,0	86	14	6

11. LBG Schwaben

Tabelle 11

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Masttiere	Zugtiere	Sonstige
1964	5718	784 (1)	13,7	715 (1)	50	19
1965	6349	705 (1)	11,1	658 (1)	34	13
1966	6617	735 (2)	11,1	688 (2)	27	20
1967	7277	863 (4)	11,9	810 (3)	25	28 (1)
1968	8122	899 (1)	11,1	840 (1)	31	28
1969				836		

Tabelle 12

12. LBG Unterfranken

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%
1949	8005	(6)	
1950	10778	1534 (11)	14,2
1951	11473	1699 (12)	14,8
1952	10961	1573 (7)	14,4
1953	11346	1384 (3)	12,2
1954	10622		
1955	11491		
1956	10891		
1957	10641		
1958	10787	1451 (4)	13,5
1959	10905	1286 (3)	11,8
1960	9699	1042	10,7
1961	9858	1047 (1)	10,6
1962	9066	939 (3)	10,4
1963	8588	818	9,5
1964	8628	723 (3)	8,4
1965	8562	688 (2)	8,0
1966	8461	700 (1)	8,3
1967	8766	738 (1)	8,4
1968	8911	708 (1)	7,9
1969	8479	722	8,5
1970	7537	547	7,3

Tabelle 13

13. LBG Württemberg

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1948	13827					
1949	17787	1722	9,7			
1950	19550	1989	10,2			
1951	21793	2327	10,7			
1952	22547	2368 (5)	10,5			
1953	24949	2861 (12)	11,5			
1954	25014	2765 (11)	11,1			
1955	26426	2839 (13)	10,7			
1956	25580	2757 (14)	10,8			
1957	27045	2829 (10)	10,5			
1958	27481	2948 (11)	10,7			
1959	26558	3021 (12)	11,4			
1960	26219	2804 (11)	10,7			
1961	27129	2684 (5)	9,9			
1962	24711	2573 (6)	10,4			
1963	24991					
1964	25077	2353 (2)	9,4	1766 (1)	258	329 (1)
1965	23916	2266 (5)	9,5	1823 (3)	270 (1)	173 (1)
1966	24731	2207 (6)	8,9	1742 (5)	199	266 (1)
1967	26875	2366 (4)	8,8	1915 (3)	162	289 (1)
1968	25974	2521 (9)	9,7	1975 (3)	195 (2)	351 (4)
1969	24884	2384 (7)	9,6	1889 (4)	143	352 (3)
1970	22794	2259 (4)	9,9	1716 (2)	135	408 (2)

Tabelle 14

14. Land- und forstwirtschaftliche BG für denReg.-Bez. Darmstadt

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast- tiere	Zugtiere	Sonstige
1949	7057	1087 (13)	15,4			
1950	8530	1296 (7)	15,2			
1951	9088	1352 (3)	14,9			
1952	9528	1417 (7)	14,9			
1953	9577	1298 (7)	13,6			
1954	9614	1319 (4)	13,7			
1955	10329	1301 (1)	12,6			
1956	9939	1230 (6)	12,4			
1957	8641	1180 (5)	13,7			
1958	8865	1045 (6)	11,8			
1959	8095	1030 (4)	12,7			
1960	7943	1004 (3)	12,6			
1961	7812	954 (2)	12,2			
1962	7261	869 (3)	12,0			
1963	6743	707	10,5			
1964	6517	751 (3)	11,5	621	100 (2)	30 (1)
1965	6384	624 (1)	9,8	522 (1)	78	24
1966	6324	705 (3)	11,1			
1967	6441	731 (1)	11,3			
1968	6647	718 (5)	10,8	611 (2)	76 (2)	31 (1)
1969	6407					

Tabelle 15

15. Lippische LBG

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1950	1394					
1951	1581					
1952	1800					
1953	1790					
1954	1984					
1955	1984				118	
1956	1888				72	
1957	1788				70	
1958	1895				77	
1959	1805				55	
1960	1814				43	
1961	1683				55	
1962	1578	182	11,5		44	
1963	1387	158	11,4		25	
1964	1384	165	11,9	125	32	8
1965	1302	163 (1)	12,5	119	31	13 (1)
1966	1255	143 (1)	11,4	120	19 (1)	4
1967						
1968						
1969						
1970	1060	124 (1)	11,7	104 (1)	15	5

Tabelle 16

16. Rheinische LBG

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Hengste	Pferde	Bullen	Eber	Sonstige
1955	28779	3178 (12)	11,0	1856 (8)	120		967 (4)	132		103
1956	28476	3335 (10)	11,7	2047 (4)	123 (1)		938 (4)	121 (1)		106
1957	28106	3018 (14)	10,7	1964 (7)	104		706 (5)	139 (2)	6	99
1958	28596	2759 (6)	9,6	1827 (2)	81		617 (2)	112 (2)	10	112
1959	27779	3034 (7)	10,9	2050 (2)	68 (1)	1	617 (3)	159 (1)	13	130
1960	26225	2769 (3)	10,6	1878 (1)	86		518 (1)	143 (1)	8	136
1961	26423	2807 (8)	10,6	1949 (3)	85 (2)	1	440 (2)	201 (1)	8	123
1962		2683 (7)		1935 (4)	46	6	373 (1)	213 (1)	21	89 (1)
1963		2432 (4)		1774	24	2	315 (3)	218 (1)	20	79
1964	23130	2424 (8)	10,5	1793 (4)	23	1	291 (3)	189 (1)	24	103
1965	23014	2361 (5)	10,3	1787 (5)	12	4	216	208	24	110
1966	23628	2526 (2)	10,7	1916	19	3	207	265	23	93
1967	24344									
1968	24464									
1969	20272	2733	13,5	2023	7	1	205	303	48	146
1970	19767	2713 (8)	13,7	1984 (2)	3	6	274 (3)	279 (3)	35	132

Tabelle 17

17. Schleswig-Holsteinische LBG

Jahr	Gesamtzahl der ange- zeigten Ar- beitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Mast-, Schlacht- tiere	Zugtiere	Sonstige
1956		1963				
1957		1988				
1958		1935				
1959			15,6			
1960			15,0			
1961	11194		14,0			
1962	11167		7,5			
1963	10473		14,1			
1964	10162	1235 (8)	12,2	1059 (7)	142	34 (1)
1965	10139	1425 (3)	14,1	1284 (3)	105	36
1966	9863	1445 (2)	14,7	1294 (2)	107	44
1967	9513	1380 (3)	14,5	1242 (3)	98	40
1968	9226	1352 (4)	14,7	1236 (4)	80	36
1969	9322					
1970	8439					

Tabelle 18

18. Westfälische LBG

Jahr	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle	Durch Tiere verursachte Unfälle	%	Milch-, Masttiere	Zugtiere	Sonstige
1960	23687					
1961	24002					
1962	22646					
1963	22288					
1964	21709	2697 (8)	12,4	2057 (6)	546 (2)	94
1965	20850	2857 (13)	13,7	2261 (9)	493 (4)	103

LBG für das Saarland

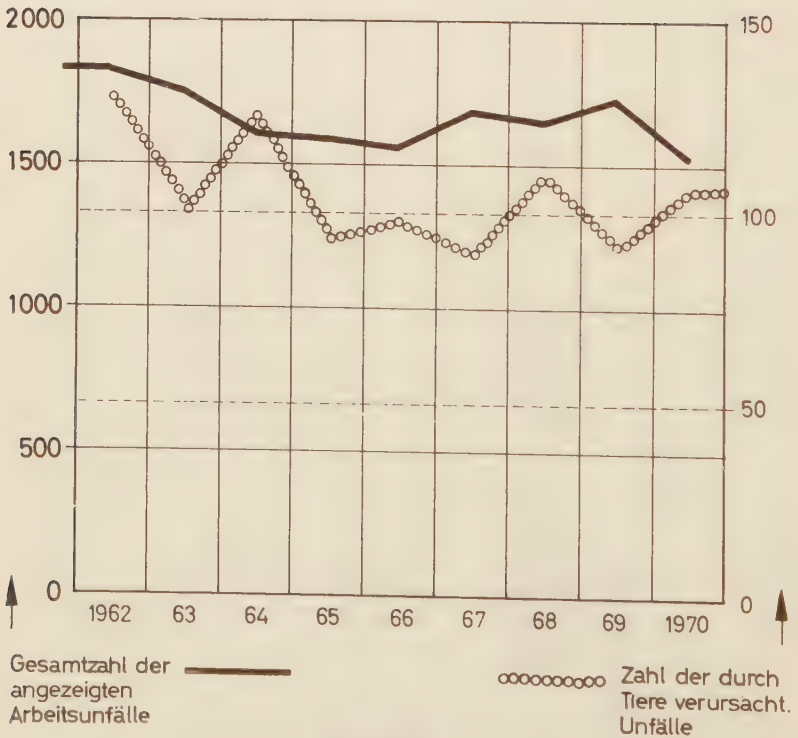


Schaubild 2

Land- und forstw. Berufsgenossenschaft für den Reg.-Bez. Darmstadt

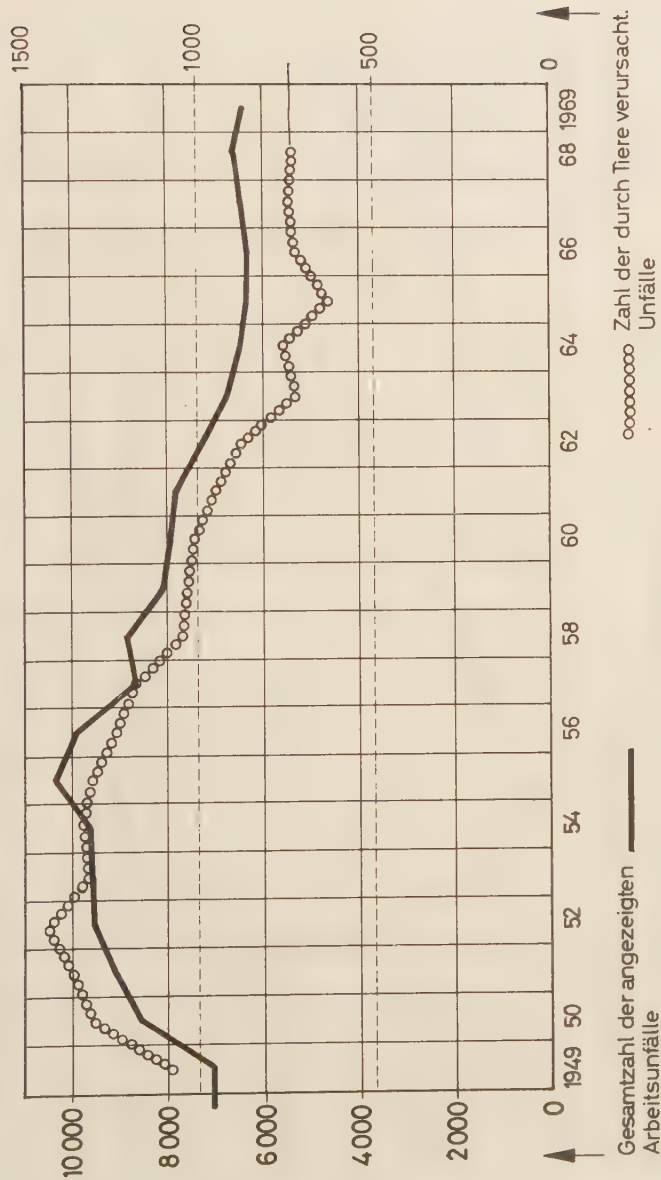


Schaubild 3

Hannoversche LBG (Ha) und LBG Unterfranken (U)



Schaubild 4

LBG Württemberg (W) und Hessen-Nassauische LBG (H)

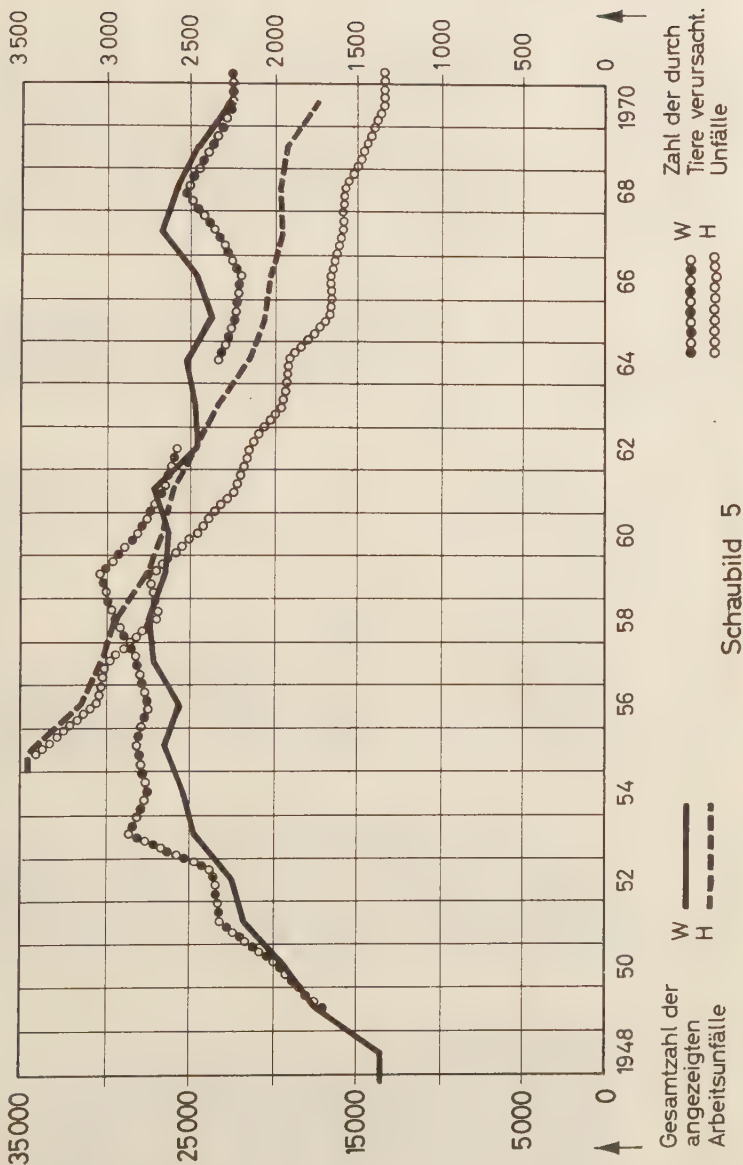


Schaubild 5

Prozentualer Anteil der Tierunfälle an der Gesamtunfallzahl

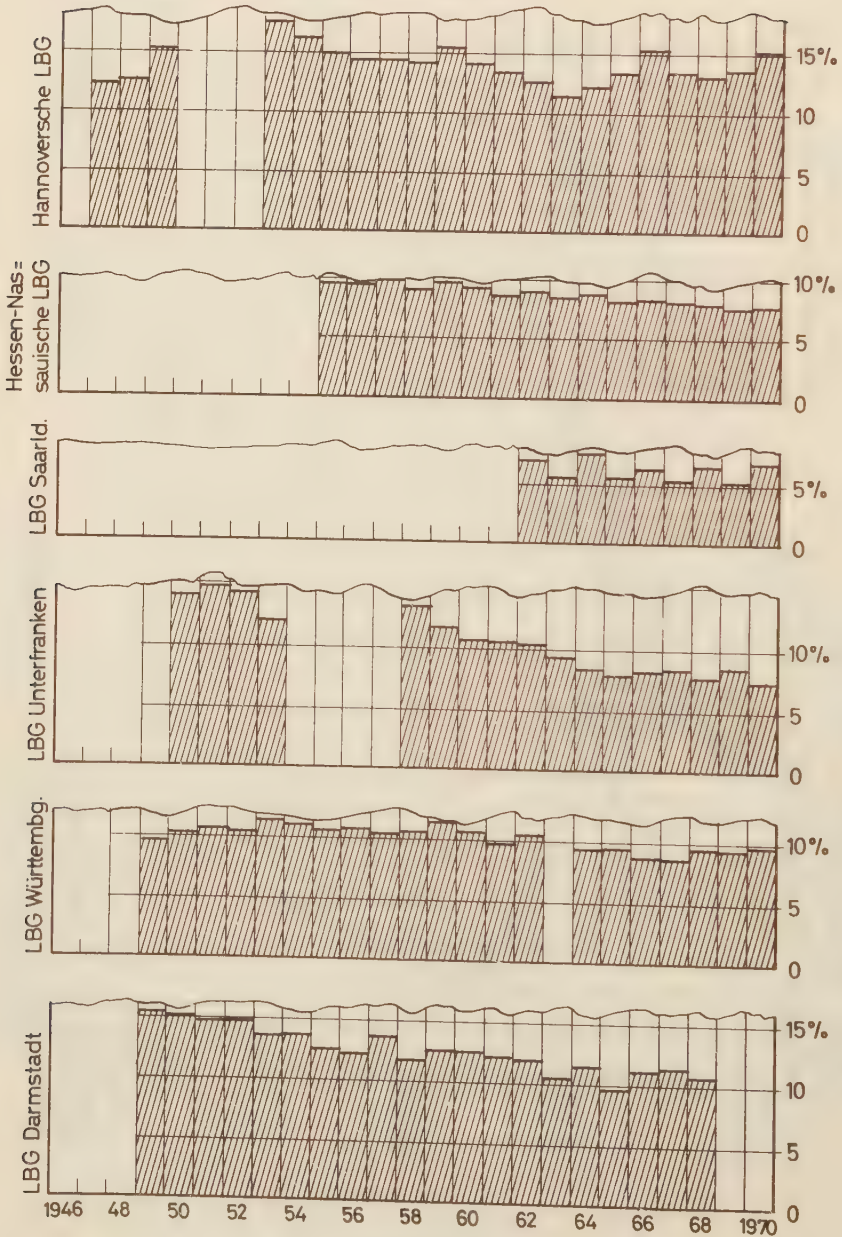


Schaubild 6

III. Repräsentative Stichprobe von Arbeitsunfällen
aus dem Jahre 1969

1. Die Auswahl der Unfallanzeigen

In einem Rundschreiben des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften - Hauptstelle für Unfallverhütung - vom 26. 11. 1968 wurden a l l e landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Übersendung einer Auswahl von Unfallanzeigen aus dem Jahre 1969 aufgefordert, und zwar von

- a) den angezeigten Fällen (A),
d. h. Arbeitsunfälle im engeren Sinne (A/AU), Wegeunfälle (A/WU) und Berufskrankheiten (A/BK) aller am 1. eines Quartals Geborenen (1 % Stichprobe),
- b) den erstmals entschädigten Fällen (E),
d. h. Arbeitsunfälle im engeren Sinne (E/AU), Wegeunfälle (E/WU) und Berufskrankheiten (E/BK) aller am 1., 2. und 3. eines Monats Geborenen (10 % Stichprobe),
- c) allen Fällen mit Todesfolge (T),
d. h. Arbeitsunfälle im engeren Sinne (T/AU), Wegeunfälle (T/WU) und Berufskrankheiten (T/BK) (Vollerhebung).

Die D e f i n i t i o n e n der in den Gruppen a) bis c) angewandten Begriffe sind in einem vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung am

3. 10. 1968 veröffentlichten Erlaß enthalten und werden nachstehend auszugsweise wiedergegeben:

a) A n g e z e i g t e F ä l l e

Hier sind alle in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gemeldeten Arbeitsunfälle im engeren Sinne, Wegeunfälle und Berufskrankheiten zu erfassen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie zu einer erstmaligen Entschädigung geführt haben oder nicht. Dabei sind sowohl die von den Unternehmern gemeldeten Fälle zu zählen als auch die von den Krankenkassen, Durchgangsarzten oder den Verletzten (Erkrankten) selbst angezeigten Fälle. Sind bei einem Unfall mehrere Personen verletzt oder getötet worden, so ist jede Person als ein angezeigter Fall zu erfassen. Hat ein Verletzter (Erkrankter) mehrere Unfälle (Erkrankungen), ohne Folgeunfälle nach § 555 RVO *, erlitten, so ist jeder einzelne Fall für sich zu zählen, auch wenn alle Fälle bei demselben Versicherungsträger angezeigt werden. Bei Folgeunfällen zählen der auslösende Unfall und der Folgeunfall stets als e i n Fall.

b) E r s t m a l s e n t s c h ä d i g t e F ä l l e

Hier sind die Arbeitsunfälle und die Fälle von Berufskrankheiten zu erfassen, die im Geschäftsjahr

* § 555 (Folgeunfall)

Als Folgeunfall eines Arbeitsunfalls gilt auch ein Unfall, den der Verletzte auf einem zu der Heilbehandlung oder der Wiederherstellung oder Erneuerung eines beschädigten Körperersatzstückes oder eines größeren orthopädischen Hilfsmittels oder zu einer wegen des Arbeitsunfalls zur Aufklärung des Sachverhaltes angeordneten Untersuchung notwendigen Wege oder bei der Durchführung dieser Maßnahmen erleidet.

zu einer erstmaligen Entschädigung geführt haben. Das sind solche Fälle, für die erstmals eine Verletztenrente oder ein Sterbegeld oder eine Abfindung durch Bescheid oder sonstigen Verwaltungsakt festgestellt worden ist, sofern dem Sterbegeld oder der Abfindung nicht bereits der Bezug einer Rente vorausgegangen ist. Bei Rentenvorschüssen ist der Fall erst dann zu zählen, wenn die Rente endgültig festgestellt wird. Im übrigen ist ein Unfall, der in einem Geschäftsjahr bereits erstmals entschädigt worden ist, im folgenden nicht erneut als erstmals entschädigt zu zählen, wenn eine andere Art der Entschädigung (z.B. Sterbegeld) gewährt wird. Für die Zählung der Fälle ist zu beachten, daß z. B. ein Unfall, bei dem eine Person getötet und 3 weitere Personen verletzt worden sind, so daß ein Sterbegeld und Renten für 3 Verletzte (und für die Hinterbliebenen des Getöteten) festgestellt worden sind, mit der Zahl 4 zu erfassen ist.

c) F ä l l e m i t T o d e s f o l g e

Hier sind alle Verletzten (Erkrankten) zu erfassen, die entweder infolge eines Unfalls sofort getötet oder an den Folgen eines im Geschäftsjahr oder davor eingetretenen Unfalls oder einer Berufskrankheit verstorben sind, sofern nicht bereits der Bezug einer Rente oder einer Abfindung vorausgegangen ist.

2. Die repräsentative Stichprobe und ihre Auswertung

Die beim Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften - Hauptstelle für Unfallverhütung - eingegangenen 4 934 Unfallanzeigen wurden

am Ort bearbeitet. Tabelle 19 gibt darüber Auskunft, wie viele Unfallanzeigen aus den einzelnen landwirtschaftlichen BG ausgewertet wurden.

Vergleiche zwischen den Fällen der Gruppen A, E und T und Prozentberechnungen lassen sich wegen der unterschiedlichen Stichprobenerhebung nicht anstellen.

Da es sich um eine 1 %-Stichprobe bei den angezeigten und um eine 10 %-Stichprobe bei den erstmals entschädigten Unfällen handelt, können bei einer Hochrechnung aller im Bundesgebiet angezeigten und erstmals entschädigten landwirtschaftlichen Unfälle für das Jahr 1969 folgende Gesamtzahlen angenommen werden:

ca. 180 000 angezeigte Unfälle (1 808 x 100)
ca. 19 000 erstmals entschädigte Unfälle
(1 971 x 10).

Außerdem ereigneten sich

1 155 tödliche Unfälle (Vollerhebung).

Aus den Tabellen 1 - 18 ergeben sich für das Jahr 1964 - das einzige Jahr, in dem aus allen BG vollständige Zahlen vorhanden sind - 240 843 angezeigte Unfälle und ca. 24 500 Tierunfälle (= 10,2 %). Da die Unfallzahlen seit dieser Zeit in ständigem Absinken begriffen sind, dürfte die aus der Stichprobe für das Jahr 1969 hochgerechnete Gesamtzahl angezeigter Unfälle von 180 000 der Wirklichkeit sehr nahe kommen.

Tabelle 19

Zahl der Unfallanzeigen (gesamte Stichprobe)

Berufsgenossen- schaft	Angezeigte Unfälle (1 %-Stichprobe)			Erstmals entschä- digte Unfälle (10 %-Stichprobe)			Unfälle mit Todesfolge (Vollerhebung)		
	A/AU	A/WU	A/BK	E/AU	E/WU	E/BK	T/AU	T/WU	T/BK
Baden	187	1		175	5	1	133		
Braunschweig	19	1		4			2		
Darmstadt	54			46			19		
Lippe-Detmold	18			17	2		4	3	
Hannover	218	2	3	103	1		87	8	
Hessen-Nassau	127		1	128	3		78	4	1
Niederbayern- Oberpfalz	80			289		4	102		1
Oberbayern	75	1		85			50	1	4
Oberfranken und Mittelfranken	85	12	1	167	1	1	61	1	
Oldenburg- Bremen	40			57	4		21	3	
Rheinhausen- Pfalz	90	1		106			56		1
Rheinland	238	1	1	163	2	1	97	2	6
Saarland	24			26			6		
Schleswig- Holstein	51			55	3		33	3	
Schwaben	90			105	2	1	57	2	2
Unterfranken	77			72	1		35		
Westfalen	166	1		154			160	2	
Württemberg	141	2		182	3	2	109	1	
Summe (4934)	1780	22	6	1934	27	10	1110	30	15

Erläuterung: AU bedeutet Arbeitsunfall
WU bedeutet Wegeunfall
BK bedeutet Berufskrankheit

3. Die durch Tiere verursachten Unfälle im weiteren Sinne

Bei der Erfassung dieser Unfälle wurden nicht nur die durch unmittelbare Einwirkung von Tieren (z.B. Hufschlag, Hornstoß, Biß) verursachten Unfälle berücksichtigt, sondern auch alle sonstigen, die durch den Umgang mit und die Haltung von Tieren mittelbar verursacht wurden, wie z. B.

- Ausrutschen oder Stolpern beim Füttern,
- Ausrutschen beim Viehputzen,
- Aufstellen des Freßgitters,
- Stürzen beim Viehtreiben,
- Unfall beim Einfangen von Tieren auf Weide oder Hof,
- Unfall beim Entmisten des Stalles von Hand,
- Unfall beim Eiersuchen,
- Unfall beim Viehverladen.

Diese Fälle wurden als "durch Tiere verursachte Unfälle im weiteren Sinne" bezeichnet.

Nicht ausgewertet wurden hingegen Unfälle, die sich auf dem Heuboden, beim Herabstürzen durch das Futterloch oder Benutzen von Leitern und Bedienung von Entmistungsanlagen ereigneten.

In Tabelle 20 ist zusammengestellt, wie viele durch Tiere verursachte Unfälle im weiteren Sinne sich bei den einzelnen landwirtschaftlichen BG ereigneten.

Tabelle 20

Die durch Tiere verursachten Unfälle im weiteren Sinne

Berufsgenossen- schaft	Angezeigte Unfälle (1 %-Stichprobe)			Erstmals entschä- digte Unfälle (10 %-Stichprobe)			Unfälle mit Todesfolge (Vollerhebung)		
	A/AU	A/WU	A/BK	E/AU	E/WU	E/BK	T/AU	T/WU	T/BK
Baden	19			19		1	8		
Braunschweig	4								
Darmstadt	15			5					
Lippe-Detmold				2			2		
Hannover	52		2	22			11		
Hessen-Nassau	25		2	14			10		1
Niederbayern- Oberpfalz	15			36		4	6		
Oberbayern	6			17			2		2
Oberfranken und Mittelfranken	18		1	18			3		1
Oldenburg- Bremen	6			9			3		
Rheinhausen- Pfalz	9			20			1		
Rheinland	53		1	27			3		
Saarland	7			5					
Schleswig- Holstein	15			8					
Schwaben	11			18		1	2		2
Unterfranken	6			7					
Westfalen	35			30			18		
Württemberg	32			19		2	7		
Summe	328		6	276		8	76		6

Unter Anwendung der auf Seite 46 erläuterten Berechnung wurden also

ca. 33 000 durch Tiere verursachte Unfälle im weiteren Sinne angezeigt und

ca. 2 800 durch Tiere verursachte Unfälle im weiteren Sinne erstmals entschädigt.

Es ereigneten sich

82 tödliche durch Tiere verursachte Unfälle im weiteren Sinne.

4. Die durch Tiere verursachten Unfälle

Für die eingehenden Untersuchungen über die unfallverursachende Tierart, Geschlecht und Alter der Unfallperson, verletzte Körperteile und Unfallvorgänge wurden nur die durch unmittelbare Einwirkung von Tieren verursachten Unfälle herangezogen und als "durch Tiere verursachte Unfälle" bezeichnet.

Tabelle 21 gibt Aufschluß darüber, wie viele durch Tiere verursachte Unfälle in den Unterlagen der einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gefunden werden konnten.

Demnach wurden im Jahre 1969 (Berechnung wie auf Seite 46)

ca. 18 000 durch Tiere verursachte Unfälle angezeigt und

ca. 1 300 durch Tiere verursachte Unfälle erstmals entschädigt.

Es ereigneten sich

44 tödliche durch Tiere verursachte Unfälle.

Tabelle 21

Die durch Tiere verursachten Unfälle

Berufsgenossen- schaft	Angezeigte Unfälle (1 %-Stichprobe)			Erstmals entschä- digte Unfälle (10 %-Stichprobe)			Unfälle mit Todesfolge (Vollerhebung)		
	A/AU	A/WU	A/BK	E/AU	E/WU	E/BK	T/AU	T/WU	T/BK
Baden	11			6		1	3		
Braunschweig	3								
Darmstadt	10			2					
Lippe-Detmold				1					
Hannover	24		2	12			7		
Hessen-Nassau	16		2	7			4		1
Niederbayern- Oberpfalz	8			22		4	5		
Oberbayern	5			14			1		2
Oberfranken und Mittelfranken	10		1	6			3		1
Oldenburg- Bremen	1			4			1		
Rheinhausen- Pfalz	3			8			1		
Rheinland	30		1	9					
Saarland	2			2					
Schleswig- Holstein	10			1					
Schwaben	6			9		1	1		2
Unterfranken	3			5					
Westfalen	13			12			6		
Württemberg	19			8		2	6		
Summe	174		6	128		8	38		6

Da die Formulare für Unfallanzeigen (Anlage 1), für Durchgangsarztberichte (Anlage 2) und für Anzeigen des Unternehmers über eine Berufskrankheit (Anlage 3) in den einzelnen landwirtschaftlichen BG unterschiedlich gestaltet sind, d. h. nicht in allen gleiche Eintragungen gefordert werden, konnten bei den folgenden Auswertungen gelegentlich gar keine Angaben gemacht werden. Mitunter waren die von den Betroffenen ausgefüllten Unfallanzeigen auch unvollständig oder unleserlich.

5. Die durch Tiere verursachten angezeigten Arbeitsunfälle

Von den ca. 18 000 in der BRD im Jahre 1969 durch Tiere verursachten angezeigten Arbeitsunfällen (A/AU) konnten 180 ausgewertet werden. Darunter waren 6 angezeigte Berufskrankheiten (A/BK); 4 davon entfielen auf Trichophytie, eine auf Tuberkulose (*Mycobacterium bovis*) und eine auf Rotlauf.

Die Mehrzahl dieser Unfälle, d. h. 146, wurde von Rindern verursacht, 19 von ihnen durch Bullen. Bei den 11 Unfällen durch Schweine ereigneten sich 2 durch Eber. Bei den Schafen handelte es sich in beiden Fällen um Schafböcke. Eine Person wurde beim Hühnerfüttern von einem Hahn angefliegen und trug eine blutende Beinwunde davon (Schaubild 7).

174 Arbeitsunfälle entfielen auf die Altersklassen zwischen 36 und 40 Jahren (Schaubild 8). In zwei Fällen fehlte die Altersangabe.

Anteilsdarstellung der an den Unfällen beteiligten Tierarten

- 1 14 Pferde
- 2 146 Rinder
- 3 11 Schweine
- 4 2 Schafe
- 5 1 Geflügel

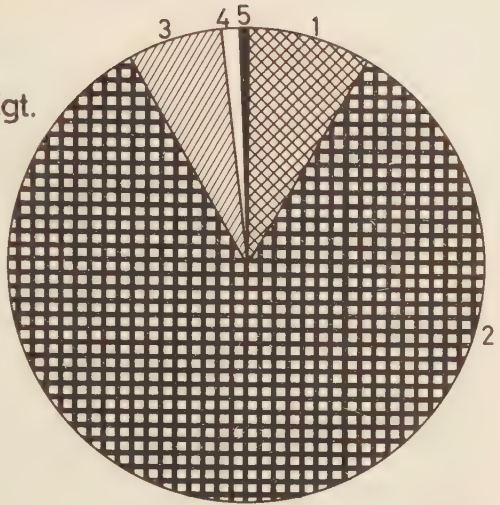
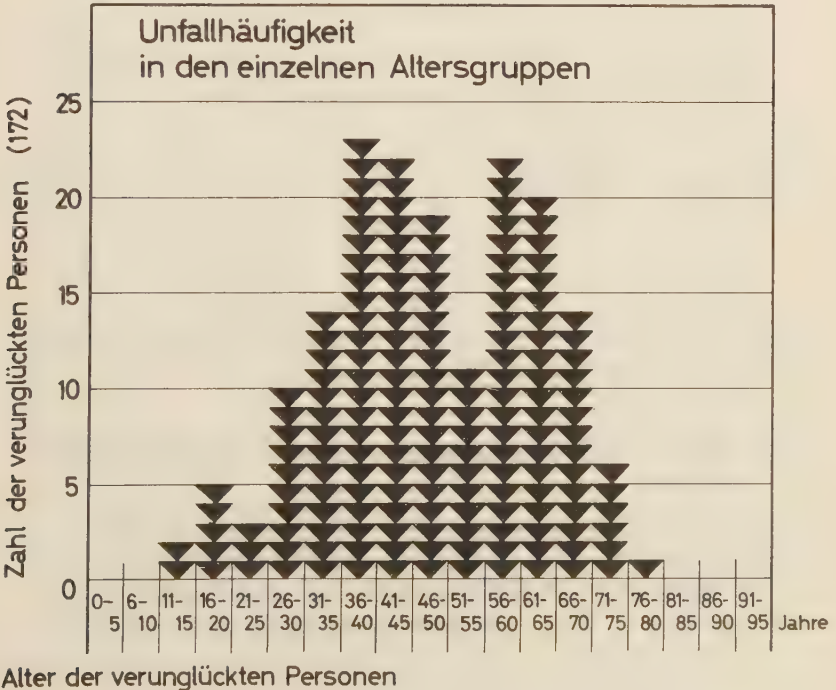


Schaubild 7

Angezeigte Arbeitsunfälle

Schaubild 8



Die Beine waren die am häufigsten v e r l e t z -
t e n K ö r p e r t e i l e . Unter den Kopfver-
letzungen sind 2 Fälle von Augenläsionen hervorzu-
heben, die durch wedelnde Kuhschwänze verursacht wor-
den sind.

Verletzte Körper- teile	Kopf	Wirbel- säule	Brust	Bauch	Arme	Beine	keine Angabe
Zahl der Fälle	21	3	30	5	55	65	2

Als Ursache für die angezeigten Unfälle steht das Tre-
ten oder Schlagen der Tiere im Vordergrund, gefolgt von
Kopf- oder Hornstößen.

Aufgeschlüsselt nach " V o r g ä n g e n " ergibt
sich folgendes Bild:

getreten, ge- schlagen	angegriffen, umgerannt, umgerissen	ge- stoßen	ge- quetscht	ge- bissen	keine Angabe
83	24	32	28	3	2

Es zeigten 111 männliche und 63 weibliche Personen durch
Tiere verursachte Unfälle an.

6. Die durch Tiere verursachten erstmals entschädigten Unfälle

Von den ca. 1 300 in der BRD im Jahre 1969 erstmals ent-
schädigten durch Tiere verursachten Unfällen wurden
128 Unfälle und 8 Berufskrankheiten ausgewertet.

Bei den Berufskrankheiten handelte es sich ausschließlich um Tuberkulose. In 3 Fällen wurde keine Auskunft über den Erregertyp gegeben, in den restlichen 5 Fällen war *Mycobacterium bovis* nachgewiesen worden. Das Alter der 8 betroffenen männlichen Personen bewegte sich zwischen 18 und 71 Jahren.

Aus Schaubild 9 geht hervor, daß die meisten erstmals entschädigten Unfälle, d. h. 102, durch Rinder verursacht wurden, 10 von ihnen durch Bullen. Bei den von Schweinen verursachten Unfällen ereignete sich einer durch einen Eber. Ein Unfall wurde von einem Schafbock herbeigeführt.

Wie viele erstmals entschädigte Unfälle auf die einzelnen Alter sgruppen entfallen, ist aus Schaubild 10 zu ersehen. Die meisten Unfälle ereigneten sich hier in der Altersklasse zwischen 56 und 60 Jahren. In einem Fall wurde keine Altersangabe gemacht.

Von den verletzten Körperteilen waren die Beine am häufigsten betroffen. Hier handelte es sich vorwiegend um Prellungen und Knochenbrüche.

Verletzte Körperteile	Kopf	Wirbel- säule	Brust	Bauch	Arme	Beine
Zahl der Fälle	14	6	9	4	37	68

Vorwiegend wurden die verunglückten Personen von den Tieren getreten oder geschlagen. An zweiter Stelle folgten die Fälle, in denen die Personen angegriffen, umgerannt oder umgerissen wurden.

Anteilsdarstellung
der an den
Unfällen beteiligt.
Tierarten

- 1 14 Pferde
- 2 102 Rinder
- 3 11 Schweine
- 4 1 Schaf
- 5 0 Geflügel

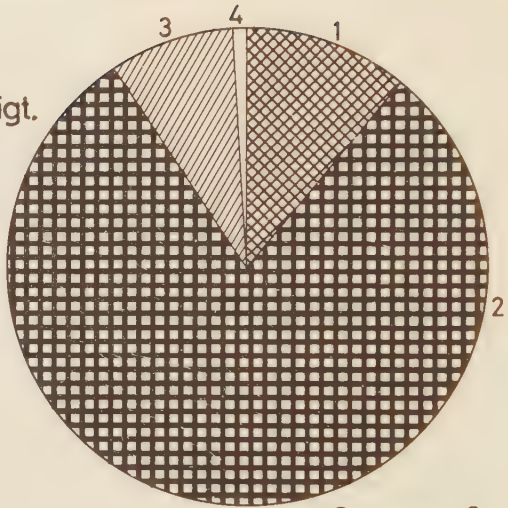
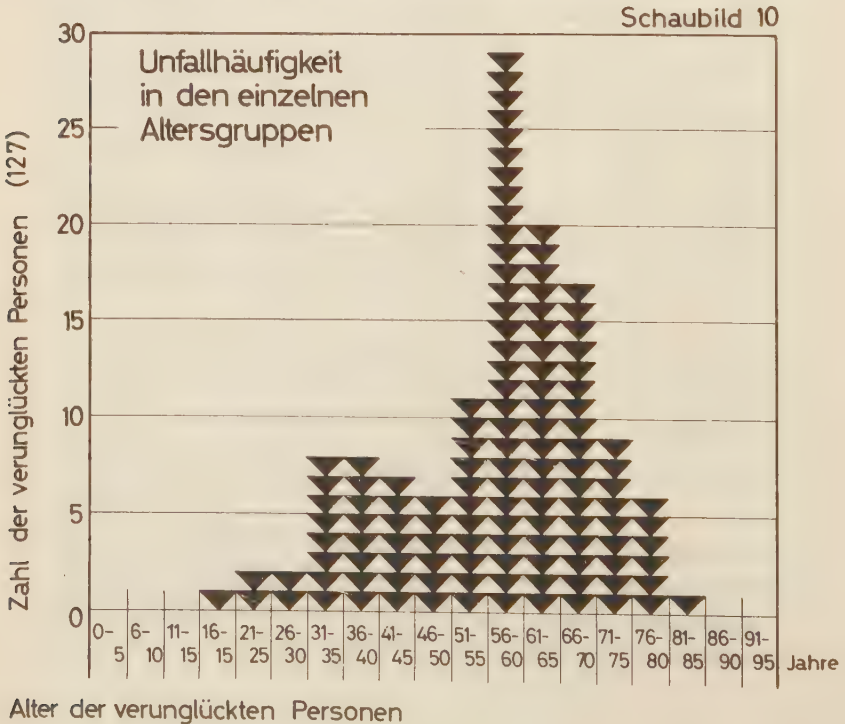


Schaubild 9

Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle



Nach " V o r g ä n g e n " aufgeschlüsselt:

getreten, ge- schlagen	angegriffen, umgerannt, umgerissen	ge- stoßen	ge- quetscht	ge- bissen	keine Angabe
53	45	8	20	-	2

Von den 128 Personen, die erstmals eine Entschädigung erhielten, waren 68 Männer und 60 Frauen.

7. Die durch Tiere verursachten tödlichen Unfälle

Im Berichtsjahr ereigneten sich 38 durch direkte Einwirkung von Tieren verursachte tödliche Unfälle und 6 Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang. Bei den B e r u f s k r a n k h e i t e n handelte es sich ausschließlich um Tuberkulose. In 5 Fällen war als Erreger Mycobacterium bovis angegeben. In einem Fall war der Erregertyp nicht näher bezeichnet. Es ist hervorzuheben, daß ausschließlich männliche Personen im A l t e r zwischen 48 und 83 Jahren betroffen waren.

Schaubild 11 gibt Auskunft über die T i e r a r t e n , die die Unfälle verursachten und über die Zahl der U n f ä l l e . Die meisten tödlichen Unfälle wurden durch R i n d e r verursacht, 9 von ihnen durch Bullen.

Die Verteilung der tödlichen Unfälle auf die einzelnen A l t e r sgruppen ist aus Schaubild 12 zu ersehen. Bedeutsam ist dabei, daß sich die Mehrzahl der tödlichen Unfälle bei Personen im Alter zwischen 66 und 70 Jahren ereignete. In 2 Fällen fehlte die Altersangabe.

Anteilsdarstellung der an den Unfällen beteiligt. Tierarten

- 1 8 Pferde
- 2 27 Rinder
- 3 1 Schwein
- 4 1 Schaf
- 5 1 Geflügel

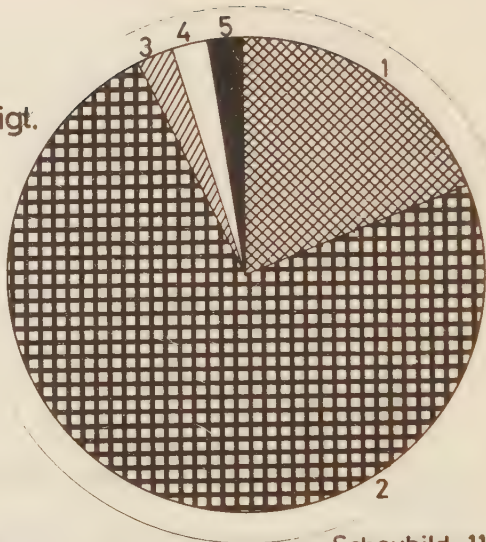
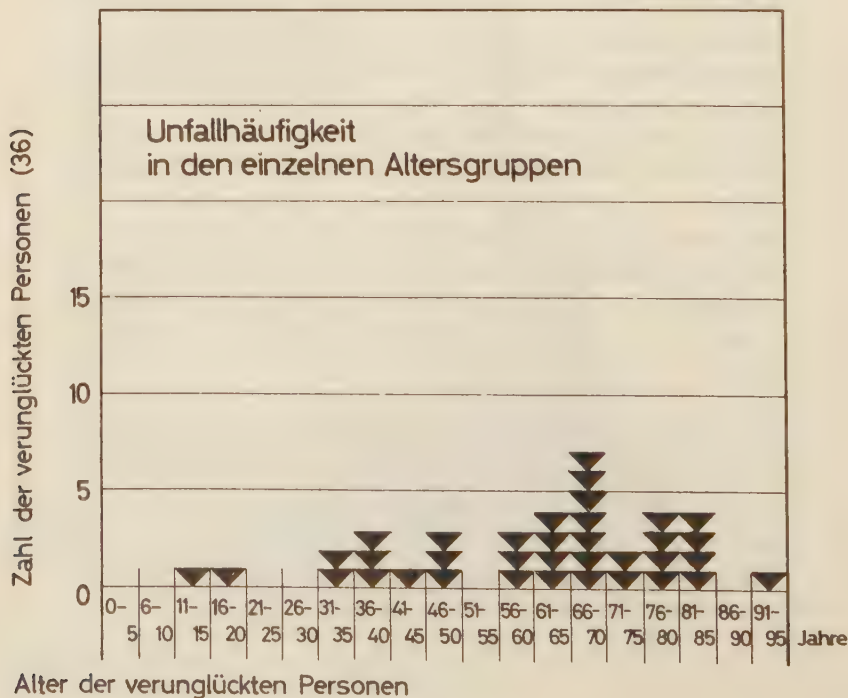


Schaubild 11

Tödliche Arbeitsunfälle

Schaubild 12



Wie oft die einzelnen K ö r p e r t e i l e von Ver l e t z u n g e n betroffen waren, gibt folgende Aufstellung wieder:

Verletzte Körper- teile	Kopf	Wirbel- säule	Brust	Bauch	Arme	Beine	keine Angabe
Zahl der Fälle	12	2	9	4	5	7	6

Aufgeschlüsselt nach " V o r g ä n g e n " ergibt sich:

getreten, ge- schlagen	angegriffen, umgerannt, umgerissen	ge- stoßen	ge- quetscht	ge- bissen	keine Angabe
10	12	5	4	1	6

Es verunglückten 31 männliche und 7 weibliche Personen tödlich.

8. Betriebsgröße und Unfallhäufigkeit

Es wurde für zweckmäßig gehalten, auch zu untersuchen, ob zwischen Betriebsgröße und Unfallhäufigkeit eine klare Abhängigkeit besteht.

Leider enthielten die Unfallmeldebögen vielfach keine Angaben über die Betriebsgröße. Deshalb können auch die Zahlen der nachstehenden Übersicht nicht repräsentativ sein, sondern nur Annäherungswerte vermitteln.

Bei einer Aufschlüsselung nach der Betriebsgröße ergibt sich folgende Verteilung der Unfallhäufigkeit:

ha	unter 2	2-5	6-10	11-20	21-50	51 und mehr
A/AU	2	18	21	44	33	9
E/AU	3	13	25	33	23	2
T/AU	-	4	3	7	9	6

In der vorstehenden Übersicht sind die Berufskrankheiten nicht enthalten. Die Vermutung liegt nahe, daß sich Unfälle am häufigsten in den Betrieben der Größe von 11-20 ha ereignen.

Keine Angaben über die Betriebsgröße wurden gemacht bei angezeigten Arbeitsunfällen in 47, bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen in 29 und bei den tödlichen Arbeitsunfällen in 9 Fällen.

IV. Die Höhe der Entschädigungskosten von Unfällen =====

Aus den Unfallverhütungs-, Jahres- oder Verwaltungsberichten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind Zahlen über die Kosten der durch Tiere verursachten Unfälle nicht zu entnehmen.

Zur Vermittlung einer ungefähren Vorstellung konnte aber eine Sammlung von 425 entschädigten Unfällen und 21 Berufskrankheiten einer süddeutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft herangezogen

werden. Es handelt sich um eine lückenlose Aufstellung aller von Tieren im Bereich dieser Berufsgenossenschaft verursachten Unfälle aus dem ersten Halbjahr 1963.

Die Gesamtentschädigungskosten für die 425 Unfälle beliefen sich auf ca. 119 000 DM, so daß für einen Unfall im Durchschnitt 280 DM aufgewendet werden mußten. Die niedrigste Entschädigung betrug 1,63 DM, die höchste 5 273,88 DM.

Für die 21 Fälle von Berufskrankheiten wurden insgesamt rd. 41 000 DM geleistet, für einen Entschädigungsfall also durchschnittlich 2 000 DM. Hier schwankten die Beträge zwischen 5,20 DM und 13 463,50 DM.

Die Entschädigungskosten für eine Berufskrankheit sind fast siebenmal so hoch wie die für einen Arbeitsunfall. Diese Tatsache erklärt sich dadurch, daß bei den Berufskrankheiten Arbeitsunfähigkeit über längere Zeit und Rentenzahlungen häufiger auftreten als bei den Arbeitsunfällen.

Nachstehend wird eine Auswahl besonders interessanter Fälle wiedergegeben:

F a l l s a m m l u n g

Nr.	Vorgänge	Verletzungen und Entschädigungen
1.	Die Verletzte wollte die Gliedmaße eines Pferdes anheben und wurde dabei vom Pferd geschlagen	Verletzung im Gesicht; Verlust eines Zahnes und Verletzungen an weiteren Zähnen (147,70 DM)
2.	Beim Streuen von Stroh wurde der Verletzte von einer Kuh gegen den Oberschenkel geschlagen	Prellung am linken Oberschenkel (245,48 DM)
3.	Beim Melken scheute eine Kuh und trat dem Verletzten auf den rechten Fuß	Verstauchung des oberen Sprunggelenkes (80,40 DM)
4.	Beim Füttern der Rinder wurde der Verletzte von einer Kuh mit dem Horn gestoßen	Rippenprellung im Bereich der 6. und 7. Rippe (7,80 DM)
5.	Im Stall sprang ein Schwein auf den rechten Fuß der Verletzten und preßte sie gegen das Freßgitter	Außenknöchelriß rechts mit Bluterguß (80,85 DM)
6.	Beim Öffnen des Scheunentores wurde der Verletzte von einem Rind umgerannt	Auskugelung des linken Hüftgelenkes und Oberschenkelbruch rechts (5273,88 DM)
7.	Beim Melken von einer Kuh umgeworfen und von derselben auf das Schlüsselbein getreten	Schlüsselbeinbruch (72,20 DM)

- | | | |
|-----|---|---|
| 8. | Beim Putzen der Rinder wurde der Verletzte von einem Rind gegen die Wand gedrückt | Verstauchung des linken Kniegelenkes mit Zerrung des Knie-seitenbandes
(240,20 DM) |
| 9. | Beim Tränken von Kälbern wurde der Verletzte von einem Kalb umgestoßen | Schenkelhalsbruch rechts
(1 341,39 DM) |
| 10. | Der Verletzte wollte zusammen mit dem Tierarzt eine Kuh aufheben; dabei sprang diese plötzlich auf und klemmte die Finger des Verletzten mit dem Horn an die Wand | Quetschverletzung 4. Finger rechts mit Teilverlust des Endgliedes
(135,— DM) |
| 11. | Der Verletzte wurde im Hof von einem Pferd ins Gesicht getreten | Gehirnerschütterung, Zahnschaden
(629,30 DM) |
| 12. | Beim Anhängen der Melkmaschine schlug ihm die Kuh mit dem Schwanz ins Auge | Hornhautentzündung am rechten Auge
(69,95 DM) |
| 13. | Der Verletzte wollte einen Bullen losbinden; dabei wurde er von diesem gegen die Wand gedrückt | Prellung am rechten Kniegelenk und linken Ober- und Unterschenkel; Gehirnerschütterung
(468,32 DM) |
| 14. | In der Nacht hatte ein Schwein geferkelt; der Verletzte wurde von der Sau gebissen | Hautabschürfungen am rechten Unterschenkel; Verrenkung der 3. Zehe links mit Gelenkeröffnung
(637,10 DM) |

- | | | |
|-----|--|---|
| 15. | Beim Tränken von Kälbern wurde der Verletzte von einem Kalb gebissen | Bißverletzung an der rechten Hand
(87,15 DM) |
| 16. | Der Verletzte wollte eine Kuh auf die andere Seite legen; dabei geriet er mit dem Fuß unter sie | Unterschenkelbruch links
(2 122,65 DM) |
| 17. | Der Verletzte wurde beim Füttern von einem Pferd so schwer gegen die Wand gedrückt, daß er kurze Zeit danach starb | Brustkorbquetschung
(252,— DM) |
| 18. | Beim Verladen von Bullen auf dem Schlachthof wurde der Verletzte von einem Bullen umgerannt | Verletzung des linken Auges
(674,30 DM) |
| 19. | Von einer Kuh in der Scheune umgestoßen | Schenkelhalsbruch rechts
(893,80 DM) |
| 20. | Der Verletzte half beim Kalben einer Kuh; dabei fiel die Kuh auf sein rechtes Bein | Tibiakopfbruch rechts; Seitenbandzerreißen
(376,80 DM) |
| 21. | Die Kuh stieß den Verletzten mit dem Horn ins Auge | Netzhautablösung am linken Auge
(1 037,10 DM) |
| 22. | Der Verletzte wurde von einem Bullen auf die Hörner genommen und gegen die Decke geschleudert | Verrenkung der Halswirbelsäule
(244,85 DM) |
| 23. | Beim Decken von Schweinen biß der Eber den Verletzten | Bißverletzung am linken Unterschenkel
(213,01 DM) |

- | | | |
|-------|--|---|
| 24. | Der Verletzte wurde beim Füttern der Kühe von einer Kuh gestoßen | Bruch der beiden Schneidezähne im Unterkiefer
(142,40 DM) |
| 25. | Beim Anbinden einer Kuh wurde die Verletzte von dieser umgeworfen und durch Tritte verletzt | Schädelprellung; Nasenbein- und Wadenbeinbruch
(259,30 DM) |
| 26. | Beim Füttern der Schweine wurde die Verletzte von einem Schwein gebissen | Bißverletzung am rechten Unterschenkel
(149,60 DM) |
| 27. | Beim Reinigen des Tränkebeckens wurde der Verletzte von einem Bullen gegen die Wand gedrückt | Prellung am Schultergelenk und am Unterarm
(500,60 DM) |
| ----- | | |
| 28. | Umgang mit Tieren | Bangsche Krankheit
(1721,50 DM) |
| 29. | Angesteckt an pilzkranken Rindern | Tiefe Pilzbartflechte
(352,75 DM) |
| 30. | Ständiger Umgang mit Vieh | Exsudativ-cavernöse Lungenoberlappentuberkulose
(12 972,40 DM) |

V. Unfälle und Berufskrankheiten der Tierärzte

Für die Tierärzte haben die Grundsätze und Leitgedanken der Berufsgenossenschaften eine besondere Bedeutung. Sämtliche praktizierenden Tierärzte sind als einzige Angehörige eines akademischen Heilberufes Pflichtmitglieder einer Berufsgenossenschaft, und zwar der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (Abteilung 6) in Hamburg, die im Jahre 1949 wieder ihre Arbeit aufnahm. Gemäß § 708 UVNG wurden von ihr auch für Tierärzte Unfallverhütungsvorschriften erlassen.

Die Zahl der Unfälle bei Tierärzten ist erschreckend hoch. Natürlich spielen hier die Wegeunfälle eine wesentliche Rolle; aber die Tierärzte werden auch am stärksten von Berufskrankheiten betroffen. Ein Grund dafür liegt wohl darin, daß die Mehrzahl der Humanmediziner im allgemeinen weniger mit Infektionskrankheiten in Berührung kommt als die Veterinärmediziner, die nahezu täglich in allen Sparten ihrer Berufsausübung mit infektiösem Material Kontakt haben.

Während sich der Anteil der Unfälle von Tierärzten an der Gesamtzahl der Unfälle der o. g. Berufsgenossenschaft in den Jahren 1949 bis 1965 zwischen 5,5 % und 1,3 % stetig fallend bewegte, blieb der prozentuale Anteil an der Unfallast etwa konstant bei 9 % bis 10 %. Er sank nie unter 5,3 %.

Tabelle 22 gibt Auskunft darüber, wie sich die Anzahl der Versicherten, die Zahl der erfaßten Betriebe (Praxen), die Zahl der Unfälle und Berufs-

Tabelle 22

Statistische Angaben aus den Berichten der Bg fürGesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Jahr	Zahl der Versicherten	Zahl der erfaßten Betriebe	Zahl der Unfälle	Entschädi- gungskosten der Unfälle DM	Zahl der BK	Entschädi- gungskosten der BK DM	Summe 4 + 6	Summe 5 + 7
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1948	2236	2266		226 389	80	45 473	527	271 862
1949	3839	3524	447 (14)	338 906	97	51 460	666	390 366
1950	4176	3640	569 (8)	403 077	147	99 912	705	502 989
1951	4520	3693	558 (3)	360 872	97	155 219	534	516 091
1952	4777	4249	437 (5)	304 144	95	105 094	442	409 238
1953	4879	4138	374 (7)	280 222	95	100 130	443	380 352
1954	4902	4129	348 (8)	314 930	91	102 673	359	417 603
1955	4977	4147	268 (4)	318 973	76	123 273	371	442 246
1956	4827	4129	295 (4)	417 116	73	164 830	366	581 946
1957	4878	4102	293 (5)	449 747	76	198 968	388	648 715
1958	4958	4198	312 (9)	445 962	54	182 251	336	628 213
1959	4960	4186	282 (6)	585 604	48	249 776	342	835 380
1960	4990	4217	294 (6)	641 767	48	311 557	382	953 324
1961	5028	4200	334 (5)	652 409	44	255 037	341	907 446
1962	5177	4222	297 (2)	693 292	47	248 732	401	942 024
1963	5409	4354	354 (7)	964 924	45	375 218	352	1340 142
1964	5228	4469	307 (7)	1608 741	38	563 714	350	2172 455
1965	5265	4445	312 (2)	1675 910	23	555 761	414	2231 671
1966	5373	4463	391 (2)	2026 018	21	713 202	443	2739 220
1967	5448	4464	422 (3)	1712 040	23	638 007	380	2350 047
1968	5509	4452	357 (-)	1960 449	17	659 821	366	2620 270
1969	5551	4430	349	2235 661	19	697 710	444	2933 371
1970	5747	4471	425					

Anmerkung: Die Angaben in Klammern bedeuten Todesfälle.

krankheiten und die Entschädigungskosten von 1949 bis 1970 entwickelt haben. Die Zahl der Unfälle ist leicht, die der Berufskrankheiten stark zurückgegangen. Hingegen stiegen die Entschädigungskosten gewaltig an. Diese Erhöhung wird aber mit beeinflußt durch die Zunahme der zur Berufsgenossenschaft gehörigen Betriebe und der dort versicherten Personen.

Der Anteil der Entschädigungskosten für die Berufskrankheiten an den Gesamtentschädigungskosten bewegte sich ab 1952 zwischen 25 % und 32 %, nur in den Jahren 1949 bis 1951 lag er unter 20 %.

Im Jahre 1967 wurden 182 (183) durch Tiere verursachte Unfälle und Berufskrankheiten, davon durch Hunde und Katzen 27 (24) gemeldet und 16 (12) erstmals entschädigt. Die in Klammern stehenden Zahlen gelten für das Jahr 1968.

Nähere Angaben über die Tierarten, die die Unfälle verursachten und über die genauen Unfallursachen (z. B. Hufschlag, Hornstoß, Biß) waren von der Berufsgenossenschaft leider nicht zu erhalten.

Tabelle 23 unterrichtet über den Verlauf der Berufskrankheiten der Tierärzte in den Jahren 1949 bis 1970. Hier kann in den meisten Fällen angenommen werden, daß es sich um Ansteckungen durch Umgang mit Tieren handelte. Besonders auffallend ist der starke Rückgang der Brucellose, sicherlich ein Ergebnis ihrer systematischen Bekämpfung. Auch die Abnahme der Hauterkrankungen, des Rotlaufs und der Tuberkulose ist bemerkenswert.

Tabelle 23

Berufskrankheiten der Tierärzte von 1949 bis 1970

Jahr	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Tuberkulose	6	7	6	7	7	3	6	8	4	7	10	5	5	4	3	3	2	2		3	1	
Brucellose	15	10	27	38	36	43	47	45	38	44	26	19	19	23	24	8	7	3	5	3	1	4
Furunkulose	12	14	15	16	17	5	8	2	1	2	1	4	2	2	5	3	4	7	1	2	5	2
Rotlauf	2	8	21	12	1	5	4	1	2	2					1	2	1					
Haut- erkrankungen	35	33	54	16	14	11	7	6	5	3	5	11	8	4	8	5	10	6	4	3	5	7
Milzbrand	2						1	2	1	2		1				2						
Q-Fieber	2	3	1			1	2	1	1			1			1	1						
Paratyphus			2				1	1	1	1						1						
Toxoplasmose									2	1	2	1	6	1	2	2	2	3	1	1	1	2
Leptospirose							1										2	2			1	
Tendova- ginitis				1	2		2	3	1	1			1					2	1			
Meningitis	4	1			1								1									
Hepatitis											2							1		2		
Rickettsiose																	1	1	1	2	4	1
Sonstige Infektions- krankheiten	1	17	7					1			1											
Sonstige Tierkrank- heiten	1	10	5	18	27	13	5	15	13	13	5	3	6	5	3	12	6	2	5	2	2	2
Sonstige Berufs- krankheiten												3				3						

Einmal traten auf: Grauer Star, Konjunktivitis, Typhus,
Rose, Windpocken, "Streptomycin"

Zweimal traten auf: Bronchialasthma, Bandscheibenerkrankung,
Ruhr, Scharlach, Röntgenshaden

Sechsmal trat auf: Mumps

VI. Schlußbetrachtung

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (LBG) sind Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die in der Landwirtschaft tätigen Personen. Wenn auch die LBG in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sind, so kommt ihnen doch eine erhebliche Bedeutung zu. Es ist ihre Aufgabe, für die Verhütung von Arbeitsunfällen und eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen. Durch Betriebsrevisionen und Unfallursachenforschung bemühen sie sich, die Unfälle zu mindern.

Vorstellungen, daß Nutztiere im Unfallgeschehen der Landwirtschaft wegen der ständig steigenden Motorisierung in der Nachkriegszeit keine besondere Rolle mehr spielen, erweisen sich als falsch. Durch Tiere verursachte Unfälle haben ihre Bedeutung nicht verloren.

In der Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahren ein schwerwiegender Strukturwandel vollzogen. Die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Personen ist erheblich zurückgegangen, während in der Tierhaltung der Bestand an Rindern und Schweinen etwas zugenommen hat. Neben einer Spezialisierung auf einzelne Tierarten bzw. Haltungsformen hat gleichzeitig eine Konzentration stattgefunden. Kleinere Betriebe gaben auf, verkauften oder verpachteten ihr Land an größere, die somit aufstockten.

Mußten früher die landwirtschaftlichen Betriebe in erheblichem Maße Fremdarbeitskräfte beschäftigen,

handelt es sich heute überwiegend um Familienbetriebe. Als Folge des Rückgangs der Beschäftigtenzahl ist ein steigender persönlicher Einsatz des Landwirtes, seiner Ehefrau und der noch im Unternehmen mithelfenden Familienangehörigen - besonders der Altenteiler - zu beobachten. Diese Entwicklung zur Familienwirtschaft hat es mit sich gebracht, daß die bäuerliche Familie eine große eigene und vielseitige Arbeitsleistung vollbringen muß, die oft über die menschliche Leistungsfähigkeit hinauszugehen droht. Es liegt auf der Hand, daß mit einem derart erhöhten Einsatz zwangsläufig auch größere Unfallgefahren verbunden sind..

Im Rahmen der Mechanisierung ist die Zahl der Pferde von ca. 690 000 im Jahre 1958 auf ca. 252 000 im Jahre 1970 zurückgegangen (STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN 1965, 1971). Das Pferd stand früher an erster Stelle der Tiere, die in der Landwirtschaft Unfälle verursachten. Heute wird es überwiegend als "Luxustier" in den Städten und ihrer Umgebung gehalten und hat seine Spitzenposition als Unfallursache in der Landwirtschaft eingebüßt. Im Gegensatz zum Rückgang der Pferdehaltung nahmen die Schlepper - und ebenso die durch sie verursachten Unfälle - enorm zu, von 139 000 im Jahre 1950 um 863 % auf 1 200 000 im Jahre 1968.

Im Unfallgeschehen sind die regionalen Strukturunterschiede von großer Bedeutung. Je nach den naturgegebenen Voraussetzungen bilden sich in der landwirtschaftlichen Produktion verschiedene Schwerpunkte. In der einen Gegend überwiegt die Viehhaltung, in einer anderen steht der Acker- oder Weinbau im

Vordergrund. Dementsprechend sind auch die Tierunfallzahlen in den einzelnen LBG unterschiedlich. Ihr Anteil an den Gesamtunfallzahlen bewegt sich zwischen ca. 7 % und ca. 15 %. Er lag im Bundesdurchschnitt im Jahre 1970 etwa bei 10,5 %.

Mit den Ergebnissen aus der Vorkriegszeit sind die in der vorliegenden Arbeit ermittelten absoluten Zahlen (Tabelle 1-18) wegen der unterschiedlichen Landesgröße nicht ohne weiteres zu vergleichen. Es kann aber gesagt werden, daß der prozentuale Anteil der Tierunfälle an der Gesamtunfallzahl nur leicht sank (Schaubild 6). Auch zwischen den einzelnen LBG sind Vergleiche lediglich bedingt anzustellen, weil sie die Unfälle nach verschiedenen Methoden auswerten und nicht immer Zahlen aus gleichen Zeiträumen vorlagen.

Die absoluten Zahlen der Tierunfälle in den Bereichen der einzelnen LBG sind aus den Tabellen 1 - 18 zu ersehen. Die zum Teil stark voneinander abweichenden Größenordnungen erklären sich aus dem ungleichen Tierstapel und den verschieden großen Gebieten, die die einzelnen LBG betreuen (Schaubild 1). In einigen LBG sind die Tierunfallzahlen leicht gestiegen, in anderen etwa gleich geblieben (Schaubild 2-5). Insgesamt gesehen kann von einer Abnahme der Tierunfälle seit 1950 gesprochen werden. Das ist zu einem großen Teil auf die verstärkte Tätigkeit der LBG in der Unfallverhütung zurückzuführen. Allerdings stagniert die Zahl in den letzten Jahren bei den meisten LBG.

NOELL (1963) gab aus dem Jahre 1961 für das gesamte Bundesgebiet folgende Tierunfallzahlen an:

31 551 angezeigte,
3 358 erstmals entschädigte und
129 tödliche.

Berücksichtigt man den leichten Rückgang der Unfallzahlen bis zum Jahre 1969, kommen die in der Stichprobe hochgerechneten Zahlen "der durch Tiere verursachten Unfälle im weiteren Sinne", nämlich

ca. 33 000 angezeigte,
ca. 2 800 erstmals entschädigte und
82 tödliche,

der Wirklichkeit sehr nahe und unterstreichen, daß die aus der repräsentativen Stichprobe gewonnenen Gesamtunfallzahlen realistisch sind.

Die Erhebung einer solchen Stichprobe war unerläßlich, um Aussagen über Unfallhergang, Art der Verletzung, Alter der verunglückten Person und unfallverursachende Tierart machen zu können, da derartige Angaben in den Berichten der LBG nicht enthalten sind.

Absolute Zahlen lassen sich hier nur bei den Unfällen mit Todesfolge angeben, weil es sich dabei um eine Vollerhebung handelte. Die übrigen Zahlen (angezeigte und erstmals entschädigte Unfälle) konnten nur für das gesamte Bundesgebiet hochgerechnet werden, da die in den einzelnen LBG ermittelten Unfallzahlen zu klein für eine Hochrechnung waren.

Es kann auf Grund der Auswertung der Stichprobe gesagt werden, daß heute die Mehrzahl aller Tierunfälle von Rindern verursacht wird (Schaubild 7, 9, 11). Das ist einmal in ihrer Vielzahl und zum anderen in Gewicht, Größe und Wehrhaftigkeit dieser Tiere begründet.

Von den verletzten Körperteilen sind bei den angezeigten und erstmals entschädigten Arbeitsunfällen Beine und Arme an erster Stelle zu nennen, während bei den Unfällen mit Todesfolge am häufigsten der Kopf betroffen war. Die verunglückten Personen wurden meist getreten und geschlagen.

Bei den angezeigten Arbeitsunfällen lagen die meisten in der Altersklasse zwischen 36 und 40 Jahren (Schaubild 8), bei den erstmals entschädigten Unfällen zwischen 56 und 60 Jahren (Schaubild 10) und bei den tödlichen Unfällen zwischen 66 und 70 Jahren (Schaubild 12). Das verhältnismäßig hohe Alter der Unfallpersonen wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß im Bundesdurchschnitt z.Z. mehr als die Hälfte der hauptberuflich tätigen Landwirte älter als 55 Jahre ist. Davon ist mehr als ein Viertel über 65 Jahre alt und nur etwa ein Viertel jünger als 44 Jahre.

Bemerkenswert ist der hohe Anteil weiblicher Personen am Unfallgeschehen. Das liegt daran, daß den Ehefrauen in der Landwirtschaft eine besondere Bedeutung zukommt. Gerade in Nebenerwerbsbetrieben wird von ihnen ein erheblicher Teil der Arbeit geleistet. Auch übernehmen seit alters her Frauen bevorzugt die Viehpflege.

Von den Berufskrankheiten steht bei den angezeigten Fällen die Trichophytie und bei den entschädigten und tödlichen Fällen die Tuberkulose im Vordergrund.

Die meisten Unfälle ereigneten sich in Betrieben der Größe zwischen 11 und 20 ha.

Die Entschädigungskosten für Tierunfälle in der Landwirtschaft sind volkswirtschaftlich von Bedeutung. Ihre Werte schwanken sehr. Sie können nur einen geringen Betrag (ca. 5,— DM), aber auch eine Summe über 5000,— DM ausmachen. Für die Berufskrankheiten muß durchschnittlich mehr Geld aufgebracht werden als für die Unfälle.

Auf Grund der aus der eingehenden Beschäftigung mit der Materie gewonnenen Erfahrung können folgende Anregungen zur Verhütung von Tierunfällen in landwirtschaftlichen Betrieben gegeben werden:

Die Ställe und ihre Einrichtungen müssen modernisiert werden.

In den letzten Jahren haben sich die Stallverhältnisse durch Umbau und Aussiedlung vielfach bereits erheblich verbessert. Sicherlich ist zu einem großen Teil auch der Rückgang der Tierunfälle darauf zurückzuführen.

Durch weitere bauliche Maßnahmen wären die Unfälle nach Zahl und Ausmaß zu mindern. So könnten z. B. durch den Einbau automatischer Fütterungsanlagen die vielen Unfälle, die sich beim Füttern ereignen, verringert werden. In Betrieben mit Massentierhaltung ist dieses Ziel weitgehend verwirklicht.

Bei der Tierpflege lassen sich Unfälle nur teilweise durch Anbringung von Schutzvorrichtungen bzw. Anwendung von Zwangsmaßnahmen verhüten. Unfälle beim Melken wären z. B. durch Verwendung von Kuhschwanzhaltern und Schlagfesseln herabzusetzen (GRIMBURG, 1969). Bullen muß rechtzeitig ein Nasenring eingezogen werden. Beim Decken von Kühen sollte ein Deckstand benutzt werden, um zu verhindern, daß Personen an die Wand gedrückt werden. Auch könnte das Enthornen der Rinder helfen, Unfälle zu vermeiden. Böartige Tiere sind unbedingt abzuschaffen.

Die psychologische Unfallverhütung muß verstärkt werden. Die in der Landwirtschaft tätigen Personen sind schon in den Berufsschulen, später durch Vorträge, Kurse und Werbemittel aller Art über die natürlichen Reaktionen und die Verhaltensweisen der Tiere besser zu informieren. So ist es z. B. unbedingt geboten, die Tiere anzusprechen, damit sie nicht erschrecken; außerdem sollte man sich möglichst nicht hinter Tieren, sondern neben ihnen aufhalten. Es muß immer wieder auf die Unberechenbarkeit der Tiere und die deswegen notwendige Vorsicht beim Umgang mit ihnen hingewiesen werden. Ein großer Teil der Unfälle ist auf menschliches Versagen, Fehleinschätzung oder Unbedachtsamkeit zurückzuführen.

Der praktizierende Tierarzt ist selbst Mitglied einer Berufsgenossenschaft und ähnlichen Unfallrisiken ausgesetzt wie der Landwirt. Er steht deshalb der Problematik sehr nahe und ist besonders geeignet, neben den LBG bei der Unfallverhütung beratend und belehrend aktiv mitzuwirken.

D. Z U S A M M E N F A S S U N G

Nach einer kurzen Darstellung der Organisation und Aufgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (LBG) und einer Betrachtung zum Begriff "Arbeitsunfall" und zur Erstellung von Unfallursachenstatistiken werden die in der Landwirtschaft von Tieren verursachten Unfälle aus der Vorkriegszeit abgehandelt.

Die Untersuchung befaßt sich zunächst in tabellarischer Form mit der Entwicklung der Gesamt- und der Tierunfallzahlen in den 18 deutschen LBG von 1946 bis 1970. Danach werden aus einer repräsentativen Stichprobe gewonnene Angaben über Unfallhergang, Art der Verletzung, Alter der verunglückten Person und unfallverursachende Tierart ausgewertet und besprochen.

Der Anteil der Tierunfälle an der Gesamtunfallzahl ist in der Landwirtschaft in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch über 10 %. Im Jahre 1969 ereigneten sich 82 Tierunfälle mit Todesfolge. Die meisten Unfälle werden von Rindern hervorgerufen. Es verunglücken überwiegend ältere Personen. Beachtenswert ist der hohe Anteil von Frauen am Unfallgeschehen.

Wegen der großen Tierunfallzahl in der BRD von über 20 000 pro Jahr, die volkswirtschaftlich eine erhebliche Rolle spielt, wird die Notwendigkeit betont, noch intensivere Unfallverhütungsarbeit zu leisten. Hier stellt sich den Tierärzten die Aufgabe zur Mitwirkung.

D. S U M M A R Y

After a short presentation of the organisation and tasks of agricultural accident insurance companies and a consideration of the concept of an occupational accident and after compiling the statistics of the causes of accidents, the agricultural accidents caused by animals in the pre-war period will be discussed.

The research first deals in tabular form with the increase in the number of accidents in general and those caused by animals in the 18 German agricultural accident insurance companies from 1946 to 1970. A representative spot-check revealed information about the circumstances of the accident, the type of injury, the age of the victim, and the type of the animal which caused the accident will be evaluated and discussed.

The proportion of accidents caused by animals to the number of accidents in general has slightly decreased in agriculture in the last years, but still amounts to 10 %. In 1969 82 fatal accidents were caused by animals. Most accidents are brought about by cattle. Mainly old people meet with accidents. The high proportion of women who suffer accidents is remarkable.

Because of the large number of such accidents in the Federal Republic of Germany - more than 20,000 a year - which economically plays an important role, the necessity of providing even more intensive accident prevention should be emphasised. At this point it is the task of veterinary surgeons to give assistance.

V E R Z E I C H N I S D E R S C H A U B I L D E R ,
T A B E L L E N U N D A N L A G E N

a. Schaubilder

Schaubild	1	Bereiche der LBG in der BRD
Schaubild	2	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle und Zahl der Tierunfälle der LBG für das Saarland
Schaubild	3	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle und Zahl der Tierunfälle der land- und forstwirtschaftlichen BG für den Reg.-Bez. Darmstadt
Schaubild	4	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle und Zahl der Tierunfälle der Hannoverschen LBG und der LBG Unterfranken
Schaubild	5	Gesamtzahl der angezeigten Arbeitsunfälle und Zahl der Tierunfälle der LBG Württemberg und der Hessen-Nassauischen LBG
Schaubild	6	Prozentualer Anteil der Tierunfälle an der Gesamtunfallzahl
Schaubild	7	Darstellung der an den angezeigten Arbeitsunfällen beteiligten Tierarten
Schaubild	8	Zahl und Alter der verunglückten Personen bei den angezeigten Arbeitsunfällen
Schaubild	9	Darstellung der an den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen beteiligten Tierarten
Schaubild	10	Zahl und Alter der verunglückten Personen bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen
Schaubild	11	Darstellung der an den tödlichen Arbeitsunfällen beteiligten Tierarten
Schaubild	12	Zahl und Alter der verunglückten Personen bei den tödlichen Arbeitsunfällen.

b. Tabellen

Tabelle 1	Unfallzahlen der Badischen LBG
Tabelle 2	Unfallzahlen der Braunschweigischen LBG
Tabelle 3	Unfallzahlen der Hannoverschen LBG
Tabelle 4	Unfallzahlen der Hessen-Nassauischen LBG
Tabelle 5	Unfallzahlen der LBG Niederbayern-Oberpfalz
Tabelle 6	Unfallzahlen der LBG Oberbayern
Tabelle 7	Unfallzahlen der LBG Oberfranken und Mittelfranken
Tabelle 8	Unfallzahlen der LBG Oldenburg-Bremen
Tabelle 9	Unfallzahlen der LBG Rheinhessen-Pfalz
Tabelle 10	Unfallzahlen der LBG für das Saarland
Tabelle 11	Unfallzahlen der LBG Schwaben
Tabelle 12	Unfallzahlen der LBG Unterfranken
Tabelle 13	Unfallzahlen der LBG Württemberg
Tabelle 14	Unfallzahlen der land- und forstwirtschaftlichen BG für den Reg.-Bez. Darmstadt
Tabelle 15	Unfallzahlen der Lippischen LBG
Tabelle 16	Unfallzahlen der Rheinischen LBG
Tabelle 17	Unfallzahlen der Schleswig-Holsteinischen LBG
Tabelle 18	Unfallzahlen der Westfälischen LBG
Tabelle 19	Zahl der Unfallanzeigen (gesamte Stichprobe)
Tabelle 20	Die durch Tiere verursachten Unfälle im weiteren Sinne
Tabelle 21	Die durch Tiere verursachten Unfälle
Tabelle 22	Statistische Angaben aus den Berichten der BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
Tabelle 23	Berufskrankheiten der Tierärzte von 1949 bis 1970

c. Anlagen

Anlage 1	Unfallanzeige (Formular)
Anlage 2	Anzeige des Unternehmers über eine Berufs- krankheit (Formular)
Anlage 3	Durchgangsarztbericht (Formular)
Anlage 4	Reichsversicherungsordnung, Unfallver- sicherungs-Neuregelungsgesetz (Auszüge)

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

1. BADISCHE LANDWIRT-
SCHAFTLICHE BERUFS-
GENOSSENSCHAFT
Jahresbericht über die Durch-
führung der Unfallverhütungs-
vorschriften und die Maßnahmen
für die erste Hilfe.
1957-1963
Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1970
2. BEREITER-HAHN, W.
u. H. SCHIEKE
Unfallversicherung. 4. Aufl.
Erich Schmidt Verl., Berlin
1963
3. BERUFGENOSSENSCHAFT
FÜR GESUNDHEITSDIENST
UND WOHLFAHRTSPFLEGE
Bericht über die Unfallver-
hütung.
1966-1968
Verhütung von Unfällen und Be-
rufskrankheiten. Technischer
Bericht. 1951-1959
Verwaltungsbericht. 1949-1970
4. BRAUNSCHWEIGISCHE
LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1970
5. CYRAN, W.
Zur Frage der Witterungsab-
hängigkeit von Betriebsunfällen.
Zbl. Arbwiss. 11, 118 (1957)

13. HANNOVERSCHE LAND-
WIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSEN-
SCHAFT
- Jahresbericht der Hannoverschen
landwirtschaftlichen Berufsge-
nossenschaft über die Durch-
führung der Unfallverhütungs-
vorschriften und die Maßnahmen
für die Erste Hilfe.
1950, 1952-1953
- Technischer Jahresbericht.
1954-1963
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1970
14. HESSEN-NASSAUISCHE
LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1965-1968
- Jahresbericht über die Unfall-
verhütung. 1955-1970
- Verwaltungsbericht. 1969-1970
15. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
NIEDERBAYERN-
OBERPFALZ
- Jahresbericht. 1958-1963
16. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
OBERBAYERN
- Verwaltungsbericht. 1957-1961

17. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGGENOSSENSCHAFT
OBERFRANKEN UND
MITTELFRANKEN
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1965-1970
- Verwaltungsbericht nebst Jahres-
bericht über die Durchführung
der Unfallverhütungsvorschriften
und die Maßnahmen für die erste
Hilfe bei Unfällen. 1959-1961,
1968-1969
18. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGGENOSSENSCHAFT
OLDENBURG-BREMEN
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1969
19. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGGENOSSENSCHAFT
FÜR DAS SAARLAND
- Technischer Jahresbericht über
die Unfallverhütung. 1962-1963
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1970
20. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGGENOSSENSCHAFT
RHEINHESSEN-PFALZ
- Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1966-1968
- Jahresbericht über die Durchfüh-
rung der Unfallverhütungsvor-
schriften im Jahr 1961.
- Verwaltungsbericht. 1964-1970

21. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
SCHWABEN
Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1965-1968
22. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
UNTERFRANKEN
Jahresbericht über die Durch-
führung der Unfallverhütungs-
vorschriften. 1950-1952

Jahresbericht über die Durch-
führung der Unfallverhütung.
1953-1959

Verwaltungsbericht. 1958,
1960-1970
23. LANDWIRTSCHAFTLICHE
BERUFGENOSSENSCHAFT
WÜRTTEMBERG
Jahresbericht über die Unfall-
verhütung. 1952-1963

Jahresbericht über die Durch-
führung der Unfallverhütungs-
vorschriften. 1956

Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und Maß-
nahmen für die Erste Hilfe.
1966-1970
24. LAND- UND FORSTWIRT-
SCHAFTLICHE BERUFS-
GENOSSENSCHAFT FÜR
DEN REGIERUNGSBEZIRK
DARMSTADT
Jahresbericht über die Durch-
führung der Unfallverhütungs-
vorschriften und die Maßnahmen
für die erste Hilfe bei Un-
fällen. 1948-1960

Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1968

Verwaltungsbericht. 1954-1958,
1969

25. LAND- UND FORSTWIRT-
SCHAFTLICHE BERUFS-
GENOSSENSCHAFT FÜR
DEN REGIERUNGSBEZIRK
DARMSTADT,
LANDWIRTSCHAFTLICHE
FAMILIENAUSGLEICH-
KASSE FÜR DEN REGIE-
RUNGSBEZIRK DARMSTADT

Gemeinsamer Verwaltungsbericht.
1959-1963

26. LAUTERBACH, H.

Gesetzliche Unfallversicherung.
3. Aufl., Verl. W. Kohlhammer,
Stuttgart 1967

27. LIENAU, E.

Einfluß psychologischer Faktoren
auf das Unfallgeschehen.
Göttingen 1970 (Manuskript)

28. LIPPISCHE LANDWIRT-
SCHAFTLICHE BERUFS-
GENOSSENSCHAFT

Verwaltungsbericht und Bericht
über die Durchführung der Unfall-
verhütungsvorschriften und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1962-1963

Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die Maß-
nahmen für die Erste Hilfe.
1964-1966, 1970

Verwaltungsbericht. 1964-1970

29. MÜLLER, R. Die psychologische Unfallverhütung bei neuen Mitarbeitern. Mensch und Arbeit 8, 248 (1956)
30. NOELL, K. Die landwirtschaftliche Unfallverhütung 1961. Die Berufsgenossenschaft H. 1, 3-11 (1963)
31. POWISCHILL, H. Wo liegen die tatsächlichen Unfallursachen? Die Berufsgenossenschaft H. 12, 453-454 (1952)
32. REITER, R. Der Einfluß des Wetters auf die Betriebsunfallhäufigkeit. Bundesarb.bl. 688 (1954)
33. RENGERT, J. Die Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Berufsgenossenschaft H. 9, 193-196 (1950)
34. RHEINISCHE LANDWIRTSCHAFTLICHE BERUFGSGENOSSENSCHAFT Unfallverhütung in der Land- und Forstwirtschaft. Jahresbericht. 1955-1961, 1964-1966, 1969-1970
35. RÜSSEL, A. Psychologische Diagnose der betrieblichen Unfallbereitschaft. Zbl. Arbwiss. 11, 131-134 (1957)

36. SCHLESWIG-HOLSTEI- Verwaltungsbericht. 1959-1963,
NISCHE LANDWIRT- 1966-1970
SCHAFTLICHE BERUFS-
GENOSSENSCHAFT Bericht über die Durchführung
der Unfallverhütung und die
Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1966
37. SOMMERFELD, E. Beitrag zu einer wirklichkeits-
nahen Statistik der Unfall-
ursachen.
Die Berufsgenossenschaft H. 12,
458-461 (1954)
38. STATISTISCHES Statistisches Jahrbuch. 1965,
BUNDESAMT 1971 Verl. W. Kohlhammer,
WIESBADEN Stuttgart und Mainz 1965, 1971
39. UNFALLVERSICHERUNGS- Bundesgesetzbl. I S. 241 (1963)
NEUREGELUNGSGESETZ
(UVNG)
40. WESTFÄLISCHE LAND- Bericht über die Durchführung
WIRTSCHAFTLICHE der Unfallverhütung und die
BERUFGENOSSENSCHAFT Maßnahmen für die Erste Hilfe.
1964-1965

In doppelter Ausfertigung an die Berufsgenossenschaft einzureichen:

Hessen-Nassauische landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft

3500 Kassel, Murhardstraße 18 Ruf 141 59 und 141 91

Absender (Unternehmer):
(Name, Firma, Sitz des Unter-
nehmens, [Postleitzahl, Ort,
Kreis, Amt, Straße, Haus Nr.])

Raum für Eingangsstempel

Unfallanzeige

- I. Diese Unfallanzeige ist zu erstatten bei tödlichen Arbeitsunfällen und bei Arbeitsunfällen, die eine mehr als dreitägige Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben. Für jede getötete oder verletzte Person ist eine besondere Unfallanzeige auszufüllen.
- II. Die Anzeige ist zu senden:
 - a) 2 Ausfertigungen an den Träger der Unfallversicherung (z.B. Berufsgen.)
 - b) 1 Ausfertigung an das Gewerbeaufsichtsamt (bei Bergbaubetrieben an das Bergamt) von allen Unternehmern, die einer gewerblichen Berufsgenossenschaft angehören,
 - c) 1 Ausfertigung an die Gemeindebehörde (Ortspolizeibehörde, Ordnungsamt) des Unfallorts, falls der Verletzte infolge des Unfalls stirbt.
- III. Die Unfallanzeige ist binnen 3 Tagen nach Kenntnis des Arbeitsunfalls bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe in Geld (§ 1556 der Reichsversicherungsordnung) durch den Unternehmer oder seinen Stellvertreter zu erstatten.
- IV. Todesfälle, andere schwere Unfälle und Massennunfälle sind außerdem sofort fernmündlich oder telegraphisch dem zuständigen Versicherungsträger und bei gewerblichen Betrieben dem Gewerbeaufsichtsamt zu melden.
- V. Bei Berufskrankheiten ist ein besonderes (grünes) Formblatt zu verwenden.

Beantwortung zur Vermeidung von Rückfragen und behördlichen Ermittlungen unerlässlich, nichtzutreffendes durchstreichen.

Unternehmerverzeichnis Nr.

Größe des Unternehmens ha ar

..... Schlepper Pferde Rindvieh

..... Schweine Ziegen Hühner

Nebenbetrieb *)

Art desselben

*) Lohnfuhrwerk, Brennerlei, Steinbruch, Sandgrube usw.

Das Gesamtunternehmen ist mit

..... Arbeitstagen abgeschätzt.

1. a) Vor- und Familienname, Wohnort und Wohnung des Verletzten

a) (Vorname) (Familienname)

..... (Postleitzahl, Wohnort) (Wohnung)

b) Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt

b) geboren am in

Kreis Amt

c) Staatsangehörigkeit

c) (im Zweifel: Herkunftsland)

d) Ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden

d) e) f)

e) Zahl der Kinder unter 18 Jahren

f) Zahl der unverheirateten Kinder zwischen 18

und 25 Jahren

g) Ist der Verletzte mit dem Unternehmer oder

dessen Ehefrau verwandt oder verschwägert

und inwiefern?

h) (Vorname) (Familienname)

Bei minderjährigen, entmündigten oder unter

Pflegschaft stehenden Personen, Vorname und

Familienname, Wohnort und Wohnung des ge-

setzlichen Vertreters

(Vater, Mutter, Vormund oder Pfleger)

..... (Postleitzahl, Wohnort) (Wohnung)

2. a) Wochentag, Datum, Jahr, Uhrzeit des Unfalls

a) den 19 Uhr Min.

(Wochentag) (Datum) (24-Stunden-Zeit)

b) Beginn der Arbeitszeit des Verletzten am Un-

b) Beginn: Uhr

falltags

c) Bei Unfällen auf dem Wege von dem Ort der

c) Ende: Uhr

Tätigkeit: Ende der Arbeitszeit des Verletzten

am Unfalltag

3. a) Art des Unternehmens

a) b)

(z.B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau, Obst-

bau, Fischerei, Imkerei, Jagd, Lohnschädlern, Lohn-

pflegern)

b) in welchen Teilen des Unternehmens ist der

Verletzte ständig tätig?

(z.B. Viehhaltung, Kraftfahrzeughaltung, Haushaltung,

Lohnfuhrwerk, Steinbruch, Steinerei, etc.)

c) Teil des Unternehmens oder (und) Ort (Stra-

ße, Haus-Nr.) wo sich der Unfall ereignet hat

c)

4. a) Stellung im Beruf

a) b)

(Angestellter, Arbeiter, Lehrling, Selbständiger, Beamter)

b) Im Betrieb tätig als

(z.B. Unternehmer, Bauerin, Hausfrau, Gutsinspektor,

Landarbeiter, Schweinemeister, Waldarbeiter, Aushilfe)

c) seit wann?

c)

5. a) Ist der Verletzte tot?

a) b) I. II.

b) I. Welche Körperteile sind verletzt?

(z.B. rechter Oberarm, linker Fuß, Kopf, Hals,

Brustkorb, Bauch, rechtes Auge, linkes Ohr, Mund)

II. Welcher Art sind mutmaßlich die Verletzun-

gen?

(z.B. blutende Wunde, Verbrennung, Verätzung,

Knochenbruch, Gliedverlust, innere Verletzung, Ver-

giftung)

II.

II.

II.

II.

II.

II.

II.

c) Wann hat der Verletzte die Arbeit eingestellt? d) Hat der Verletzte die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen und wann?	c) am (Tag) _____ Uhr _____ d) _____
---	--

7. a) In welchem Krankenhaus ist der Verletzte aufgenommen worden? An welchem Tage? Oder befindet er sich zu Hause? b) Name _____ Wohnort _____ Wohnung _____ c) Falls der Verletzte noch arbeitsunfähig ist: Bis zu welchem Tage hat der Verletzte noch Anspruch auf den vollen/teilweisen Arbeitsentgelt?	a) _____ b) I. _____ II. _____ III. _____ c) _____
--	---

7. a) Welcher gesetzlichen oder privaten Krankenkasse gehörte der Verletzte z. Z. des Unfalls an? b) Hatte der Verletzte vor dem Unfall volle Arbeitskraft? Wenn nein, weshalb nicht? c) Bezieht oder bezog er Rente (Ruhegeld) aus der Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsversicherung, der Bundesversorgung oder Leistungen von der ländw. Alterskasse? Von welcher Stelle?	a) Pflicht-, freiwillig, Mitglied, Familien-, Rentner-Versicherung bei der Kasse in _____ Mitglied Nr. _____ b) _____ c) _____
---	---

8. Hergang und vermutliche Ursachen des Unfalls sind genau zu schildern. Dabei ist besonders auf folgende Punkte einzugehen:

a) Unfallstelle? (z. B. Acker, Stall, Scheune, Garten, Küche, Silo, Dreschplatz, Kellertreppe, öffentl. Verkehrsweg) b) Unfallgegenstand? (z. B. Mäskelmaschine, Leiter, Küchenherd, Stalltür, Verkehrsmittel) c) Tätigkeit des Verletzten im Augenblick des Unfalls? (z. B. Beladen von Maschinen, Pflügen, Viehfüttern, Transport von Lasten, Mähen, Weg zum Acker) d) Hergang des Unfalls? (Hergang bitte ausführlich schildern, z. B. Sturz von der Leiter, von Kuh getreten, mit Traktor gestürzt, Verbrennung, Einwirkung elektr. Stromes, Verkehrsunfall, Atzung durch Säuren) e) Vermutliche Unfallursachen? (z. B. Mängel an Maschinen und Geräten -- bei Maschinen Hersteller, Typ und Baujahr angeben -- Bruch der Leiter, Glatteis, verkehrswidriges Verhalten)	
--	--

9. Sind Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Unfälle getroffen worden? Welche?
(z. B. Schutzvorrichtungen an Maschine angebracht, mangelhaftes Werkzeug ersetzt)

10. Zeugen: a) Wer hat den Unfall gesehen? _____ a) (Angabe der Augenzeugen) b) Wer hat -- wenn keine Augenzeugen vorhanden -- zuerst von dem Unfall Kenntnis erhalten und wann? _____ b)	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 20%;">Vorname</th> <th style="width: 20%;">Familienname</th> <th style="width: 20%;">Stand, Beruf</th> <th style="width: 20%;">Wohnort</th> <th style="width: 20%;">Wohnung</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table>	Vorname	Familienname	Stand, Beruf	Wohnort	Wohnung					
Vorname	Familienname	Stand, Beruf	Wohnort	Wohnung							

11. Wenn die Anzeige zu spät erstattet wird: Gründe der Verzögerung?

(Ort) _____, den _____ 19 ____ Kenntnis genommen: (Der Sicherheitsbeauftragte)	Name des die Anzeige erstattenden Unternehmers oder seines Vertreters _____ Der Betriebsrat (Personalrat) [Falls ein Betriebsrat (Personalrat) nicht besteht, ist dies zu bemerken] Unterschriften
---	--

Gesetzliche Unfallversicherung - 3500 Kassel, Murhardstraße 18

Mitgliedsschein-
(Unternehmens-) Nr.

And

Anzeige des Unternehmers über eine Berufskrankheit

1. Diese Anzeige ist zu erstatten bei jeder Berufskrankheit, die den Erkrankten mehr als 3 Tage arbeitsunfähig macht oder tödlich verläuft ist. Für jeden Erkrankungsfall ist eine besondere Anzeige auszufüllen. Auch wenn die Berufskrankheit zugleich ein Arbeitsunfall ist, ist dieses Formblatt, nicht die (gelbe) Unfallanzeige zu verwenden.

- II. Die Anzeige ist zu senden:
- a) 2 Ausfertigungen an den Träger der Unfallversicherung (z. B. Berufsgenossenschaft),
 - b) 1 Ausfertigung an das Gewerbeaufsichtsamt (bei Bergbaubetrieben an das Bergamt) von allen Unternehmen, die einer gewerblichen Berufsgenossenschaft angehören,
 - c) 1 Ausfertigung an die Gemeindebehörde (Ortspolizeibehörde, Ordnungsamt) des Ortes der Erkrankung, falls eine plötzlich auftretende Berufskrankheit unmittelbar zum Tod geführt hat.
- III. Die Anzeige ist binnen 3 Tagen nach Kenntnis der Erkrankung bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe in Geld (§ 1556 der Reichsversicherungsordnung) zu erstatten.
- IV. Todesfälle und Massenerkrankungen sind außerdem sofort fernmündlich oder telegraphisch dem zuständigen Versicherungsträger und bei gewerblichen Betrieben dem Gewerbeaufsichtsamt zu melden.
- Freihalten für den Träger der Unfallversicherung oder das Gewerbeaufsichtsamt

Freihalten für den Träger der Info. ers. d. r. g.
nung oder das Gewerkschafts d. r. g.

- a) Vor- und Familienname, Wohnort und Wohnung des Erkrankten
- b) Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt
- c) Staatsangehörigkeit (im Zweifel: Herkunftsland)
- d) Ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden
- e) Zahl der Kinder unter 18 Jahren
- f) Zahl der unverheirateten Kinder zwischen 18 und 25 Jahren
- g) Ist der Erkrankte mit dem Unternehmer oder dessen Ehefrau verwandt oder verschwägert und inwiefern?
- h) Bei minderjährigen, entmündigten oder unter Pflegschaft stehenden Personen: Vorname und Familienname, Wohnort und Wohnung des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter, Vormund oder Pfleger)

- a) (Vorname) (Familienname)
 (Postleitzahl, Wohnort) (Wohnung)
 b) geboren am In
 Kreis Amt
 c)
 d)
 e)
 f)
 g)
 h) (Vorname) (Familienname)
 (Postleitzahl, Wohnort) (Wohnung)

2. a) Art des Unternehmens (z.B. chemische Fabrik, Sandsteinbruch)
- b) In welchem Teil des Unternehmens (z.B. Laboratorium, Steinhauerei) ist der Erkrankte ständig tätig?
- c) Teil des Unternehmens oder (und) Ort (Straße, Hausnummer), wo sich der Verdächtige die Krankheit zugezogen hat?

- a) Stellung im Beruf (z. B. Angestellter, Arbeiter, Lehrling, Selbständiger, Beamter)
- b) Tätig als (z. B. Laborant, Hauer, Steinbrucharbeiter)
- c) Seit wann ist der Erkrankte in dieser Weise tätig?
- d) Seit wann ist er im Unternehmen beschäftigt?
- e) Bei welchen Arbeitgebern ist der Erkrankte früher in ähnlicher Weise tätig geworden?
- f) Ist der Erkrankte vor der Einstellung oder während seiner Beschäftigung im Unternehmen ärztlich untersucht worden?
Wann bzw. in welchen Zeitabständen und von welchem Arzt?

gewirtschaftungs- und rechtliche Anleihe einer Bouffantkrankheit) liegt im Interesse des Erkrankten. Je schwerer der Umgang der Unfallversicherung mit den Bewusstseinsverlusten des Kranken ist, desto eher kann er mit der Gewährung der Leistungen (Berufshilfe, Leistungen in Geld) an den Erkrankten oder seine Angehörigen beginnen. Sozialigale Ausleitung – Einkommen, Zuschüsse, Zinsen der Kinder, z. B. 15 Jahren, genaue Schilderung der Arbeitsvorgänge, auf die der Erkrankte oder die Betreffende die Erkrankung zu beziehen – erspart ihnen und dem „einschreitenden“ kranken die trüben Nachfragen

4. a) Welche Krankheitserscheinungen sind bei dem Versicherten wahrgenommen worden? Über welche Beschwerden klagt er? b) Wann traten die Beschwerden des Versicherten zum ersten Male auf? c) Art der Beschäftigung und Schilderung der Vorgänge, die (vermutlich) zu der Erkrankung geführt haben. d) Angabe der Stoffe, mit denen der Versicherte in Berührung gekommen ist und die als Erkrankungsursache in Frage kommen (können). e) Auf welche beruflichen Einwirkungen (Arbeitsstoffe oder -verrichtungen) führt der Versicherte die Erkrankung zurück? f) Schließen Sie sich den Angaben des Versicherten an oder weshalb nicht? g) Liegen bereits ärztliche Angaben vor und welche? (mutmaßliche Erkrankung?)	a) b) c) d) e) f) g)													
5. a) Wann hat der Erkrankte die Arbeit eingestellt? b) Hat der Erkrankte die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen und wann? c) In welchem Krankenhaus ist der Erkrankte aufgenommen worden? An welchem Tage? Oder befindet er sich zu Hause? Name, Wohnort, Wohnung I. des Laien, der die Erste Hilfe geleistet hat, mit genauer Angabe von Tag und Stunde der Ersten Hilfeleistung? In Erster Hilfe ausgebildet? Ja — nein — unbekannt II. des zuerst zugezogenen Arztes III. des jetzt behandelnden Arztes d) Falls der Erkrankte noch arbeitsunfähig ist: Bis zu welchem Tage hat er noch Anspruch auf das volle/teilweise Arbeitsentgelt?	a) am (Tag) um (Uhr) b) c) d)	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 33%;">Name</th> <th style="width: 33%;">Wohnort</th> <th style="width: 33%;">Wohnung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>I.</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>II.</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>III.</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Name	Wohnort	Wohnung	I.			II.			III.		
Name	Wohnort	Wohnung												
I.														
II.														
III.														
6. a) Welcher gesetzlichen Krankenkasse gehörte der Versicherte z. Zt. der Erkrankung an? b) Hatte der Versicherte vor der Erkrankung volle Arbeitskraft? Wenn nein, weshalb nicht?	a) b)													
7. Personen, die über äußere Umstände bei Eintritt der Erkrankung oder während früherer Beschäftigungsverhältnisse Auskunft geben können. Vor- und Familienname, Stand, Beruf, Wohnort, Wohnung														
8. a) Sind im Unternehmen weitere Arbeitnehmer mit den gleichen Arbeiten wie der Erkrankte beschäftigt und haben sich dabei Beschwerden gezeigt? Wann ja, wann und welche? b) Welche Maßnahmen wurden zu ihrer Beseitigung bisher getroffen und wie war ihr Erfolg?	a) b)													
9. Wenn die Anzeige zu spät erstattet wird: Gründe der Verzögerung														

Name des die Anzeige erstellenden Unternehmers oder seines Vertreters

(Ort), den 19..... (Unterschrift)

Kenntnis genommen:

Der Betriebsrat (Personrat) (Falls ein Betriebsrat (Personrat) nicht besteht, ist dies zu bemerken)

(Der Sicherheitsbeauftragte)

(Unterschrift)

A.

Für die Berufsgenossenschaft

Anlage 3
Durchgangsarztbericht

lfd. Nr. 19

Überwiesen durch
Betrieb, Krankenkasse, Arzt

Eingetroffen am um Uhr
Untersucht um Uhr

Zuname:, Vorname:, geb., Staatsangehörigkeit:
wohnhaft in Straße Nr., beschäftigt als
Arbeitgeber (Unfallbetrieb)
Krankenkasse Berufsgenossenschaft

1. Unfalltag Uhr!) Unfallort!)
2. Hergang des Unfalls!) und Beschäftigung, bei der der Unfall eingetreten ist!):

3. Verhalten des/der Verletzten nach dem Unfall:

4. a) Erstmals behandelt am durch
b) Art der ersten ärztlichen (nicht durchgangsärztlichen) Versorgung:

5. Befund²⁾ Alkoholeinfluß? nein — ja Welche Anzeichen? Blutentnahme? nein — ja

6. Röntgenergebnis:

7. Diagnose (wenn schon etwas frei zu stellen):

8. Art der etwaigen Erstversorgung (durch den D-Arzt):

9. Vom Unfall unabhängige krankhafte Veränderungen:

10. a) Bestehen Bedenken gegen die Richtigkeit der Angaben des/der Verletzten? nein — ja — welche?

b) Sprechen Hergang und Befund gegen die Annahme eines Arbeitsunfalls? nein — ja — warum?

11. Falls weitere Behandlung nicht erforderlich: Arbeitsfähig ☐. Dem Verletzten mitgeteilt.
Wieder arbeitsfähig ab AU-Bescheinigung ausgestellt.

12. **Bgliche Behandlung** erforderlich (vgl. Ltnrn. 8 und 30 des Ärzteabkommens), eingeleitet: ambulant — stationär — durch
Wo?

13. Arbeitsunfähig ab

14. Voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit?

15. **Kassenärztliche Behandlung**
— Nach Wahl des/der Verletzte(n) führt sie durch:

16. Ich halte den/die Verletzte(n) für voraussichtlich Tage für arbeitsunfähig.

17. Wegen Dringlichkeit habe ich dem/der Verletzten Arbeitsunfähigkeit bis voraussichtlich zum bescheinigt.

18. Nachschau aus medizinischen Gründen erforderlich am, sofern dann noch Arbeitsunfähigkeit vorliegen sollte; bei Verschlimmerung sofort. Der Termin wurde dem/der Verletzten mit Handzettel bekanntgegeben.

Platz-
mangel
bitte
freien
Raum
auf der
rückseite
nutzen.

3) Bei Gelenkfunktionen erforderlich: baktteriologische, bei Merkurvergiftungen baktteriologische Untersuchung, veranlassen und Befund mitteilen, bei Kopfverletzungen mit Gehirnerschütterung oder Verdacht auf Gehirnbeteiligung zusätzlich Vordruck D 13 a ausfüllen.

3) Besonders aus Angaben bei Wegeunfällen.
4) Art und Zweck der Beschäftigung kurz angeben.

MUSTER

B. Mitteilung im Auftrage der Berufsgenossenschaft an die Krankenkasse

Bei einer Verletzung nach § 6 der Bestimmungen des früheren Reichsversicherungsamtes vom 19. Juni 1936, die stationärer Behandlung bedarf, kann berufsgenossenschaftliche Heilbehandlung nur dann wirksam eingeleitet werden, wenn das Krankenhaus zur Behandlung Schwerunfallverletzter zugelassen ist.

Im Falle der Einleitung berufsgenossenschaftlicher Heilbehandlung gilt dieser Vordruck als Bescheinigung nach § 3 Abs. 1 des Lohnfortzahlungsgesetzes. Soweit kein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, übernimmt die Berufsgenossenschaft (der Unfallversicherungsträger) die Zahlung der während der Heilbehandlung zu gewährenden Geldleistungen im Sinne des § 565 Abs. 2 RVO.

Bei kassenärztlicher Behandlung wird unter Hinweis auf Nr. 18 dieses Berichtes gebeten, den/die Verletzte(n) anzuhalten, sich zur vorgesehenen Zeit dem D-Arzt zur Nachschau vorzustellen.

Wenn der Durchgangsarzt bei kassenärztlicher Behandlung Bedenken im Sinne der Frage 10 äußert, sind an den Versicherten zu Lasten des Unfallversicherungsträgers keine Leistungen zu erbringen.

C. Mitteilung des Durchgangsarztes an den behandelnden Arzt

Sehr geehrter Herr Kollege!

Unter Bezugnahme auf Ltnr. 30 des Ärzteabkommens erhalten Sie Durchschrift meines Berichtes zur Kenntnisnahme. Für den Fall, daß berufsgenossenschaftliches Heilverfahren nicht eingeleitet worden ist, bitte ich Sie, unter Hinweis auf Nr. 18 meines Berichtes, den/die Verletzte(n) anzuhalten, sich zur vorgesehenen Nachschau bei mir einzufinden.

Unabhängig hiervon bleibt es Ihrer Beurteilung überlassen, mir den/die Verletzte(n) auch schon vor dem angegebenen Termin zur Nachschau vorzustellen (Ltnr. 35 des Ärzteabkommens).

Einer erneuten Vorstellung bedarf es nicht, wenn der/die Verletzte inzwischen arbeitsfähig erklärt worden ist.

D. Liquidation

Pauschbetrag	DM
Röntgendiagnostik	
nach Nr. GOÄ	DM
nach Nr. GOÄ	DM
Tetanus-Hyperimmun-Globulin	DM
Tetanus-Antitoxin	DM
(Pferd — Rind — Hammel)	
Aktive Immunisierung	DM
(Tetanol-Tetatoxoid)	
Fahrtgeld an Verletzte(n)	DM
Porto	DM
zusammen	DM

Etwaige Sachkostenforderungen des Krankenhauses sind mit gesonderter Rechnung anzufordern.

Von diesem Bericht sind 4 Stück auszufertigen, und zwar die Urschrift für die Berufsgenossenschaft und je 1 Stück für die Krankenkasse, für den behandelnden Arzt und für den Eigenbedarf.

Anlage 4
**Gesetz zur Neuregelung
des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung
(Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz – UVNG)¹⁾**

Vom 30. April 1963

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Änderung
des Dritten Buches
der Reichsversicherungsordnung**

Das Dritte Buch der Reichsversicherungsordnung erhält mit Ausnahme des Unterabschnitts VII des Vierten Abschnitts im Zweiten Teil (§§ 690 bis 704), des Unterabschnitts VI des Vierten Abschnitts im Dritten Teil (§ 978) und des Unterabschnitts VII des Vierten Abschnitts im Vierten Teil (§ 1147) folgende Fassung:

Drittes Buch

Unfallversicherung

ERSTER TEIL

Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt

**Aufgaben und Gliederung der Versicherung,
Kreis der versicherten Personen**

**A. Aufgaben und Gliederung
der Versicherung**

§ 537

Aufgaben der Unfallversicherung sind nach Maßgabe der folgenden Vorschriften:

1. Arbeitsunfälle zu verhüten,
2. nach Eintritt eines Arbeitsunfalls den Verletzten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen zu entschädigen
 - a) durch Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten, durch Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) und durch Erleichterung der Verletzungsfolgen,
 - b) durch Leistungen in Geld an den Verletzten, seine Angehörigen und seine Hinterbliebenen.

B. Kreis der versicherten Personen

I. Versicherung kraft Gesetzes und kraft Satzung

1. Versicherung kraft Gesetzes

§ 539

(1) In der Unfallversicherung sind, unbeschadet der §§ 541 und 542, gegen Arbeitsunfall versichert

1. die auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Beschäftigten,
2. Heimarbeiter, Zwischenmeister, Hausgewerbetreibende (§ 162) und ihre im Unternehmen tätigen Ehegatten sowie die sonstigen mitarbeitenden Personen,
3. Personen, die zur Schaustellung oder Vorführung künstlerischer oder artistischer Leistungen vertraglich verpflichtet sind,
4. Personen, die nach den Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder im Vollzug des Bundessozialhilfegesetzes der Meldepflicht unterliegen, wenn sie
 - a) zur Erfüllung ihrer Meldepflicht die hierfür bestimmte Stelle aufsuchen oder
 - b) auf Aufforderung einer Dienststelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder einer seemannischen Heuerstelle diese oder andere Stellen aufsuchen.
5. Unternehmer, solange und soweit sie als solche Mitglieder einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sind, ihre mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehegatten und die in Unternehmen zum Schutze und zur Förderung der Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und ihrer Verbände Tätigen,
6. Küstenschiffer und Küstenfischer als Unternehmer gewerblicher Betriebe der Seefahrt (Seeschifffahrt und Seefischerei), die zur Besatzung ihres Fahrzeuges gehören oder als Küstenfischer ohne Fahrzeug fischen und die bei dem Betrieb regelmäßig keine oder höchstens zwei kraft Gesetzes versicherte Arbeitnehmer gegen Entgelt beschäftigen, sowie deren im Unternehmen tätige Ehegatten,
7. die im Gesundheits- oder Veterinärwesen oder in der Wohlfahrtspflege Tätigen,
8. die in einem Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen Tätigen sowie die Teilnehmer an Ausbildungsveranstaltungen dieser Unternehmen einschließlich der Lehrenden,
9. Personen, die
 - a) bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einen anderen aus gegenwärtiger Lebensgefahr oder erheblicher gegenwärtiger Gefahr für Körper oder Gesundheit zu retten unternehmen,
 - b) einem Bediensteten des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, der sie zur Unterstützung bei einer Diensthandlung heranzieht, Hilfe leisten,

- c) sich bei Verfolgung oder Festnahme einer Person, die einer strafbaren Handlung verdächtig ist, oder zum Schutz eines widerrechtlich Angegriffenen persönlich einsetzen.

10. Blutspender und Spender körpereigener Gewebe,

11. Personen, die auf Grund von Arbeitsschutz- oder Unfallverhütungsvorschriften ärztlich untersucht oder behandelt werden,

12. a) Personen, die Luftschutzdienst leisten, wenn sie hierzu durch eine zuständige Stelle herangezogen sind oder wenn sie handeln, weil Gefahr im Verzuge ist,

b) freiwillige Helfer des Bundesluftschutzverbandes,

c) Teilnehmer an den Ausbildungsveranstaltungen des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, des Bundesluftschutzverbandes oder des Luftschutzhilfsdienstes einschließlich der Lehrenden,

13. die für den Bund, ein Land, eine Gemeinde, einen Gemeindeverband oder eine andere Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ehrenamtlich Tätigen, wenn ihnen nicht durch Gesetz eine laufende Entschädigung zur Sicherstellung ihres Lebensunterhalts gewährt wird, und die von einem Gericht, einem Staatsanwalt oder einer sonst dazu berechtigten Stelle zur Beweiserhebung herangezogenen Zeugen,

14. Lernende während der beruflichen Aus- und Fortbildung und ehrenamtlich Lehrende in Betriebsstätten, Lehrwerkstätten, Fachschulen, Berufsfach- und Berufsschulen, Schulungskursen und ähnlichen Einrichtungen, wenn es sich um die Aus- und Fortbildung für eine Tätigkeit der nach Nummern 1 bis 3 und 5 bis 8 versicherten Personen handelt, soweit sie nicht bereits zu diesen Personen gehören,

15. Personen, die bei dem Bau eines Familienheimes (Eigenheim, Kaufeigenheim, Kleinsiedlung), einer eigengenutzten Eigentumswohnung, einer Kaufeigentumswohnung oder einer Genossenschaftswohnung im Rahmen der Selbsthilfe tätig sind, wenn durch das Bauvorhaben öffentlich geförderte oder steuerbegünstigte Wohnungen geschaffen werden sollen. Dies gilt auch für die Selbsthilfe bei der Aufschließung und Kultivierung des Geländes, der Herichtung der Wirtschaftsanlagen und der Herstellung von Gemeinschaftsanlagen. Für die Begriffsbestimmungen sind die §§ 5, 7 bis 10, 12, 13 und 36 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1121) maßgebend.

(2) Gegen Arbeitsunfall sind ferner Personen versichert, die wie ein nach Absatz 1 Versicherter tätig werden; dies gilt auch bei nur vorübergehender Tätigkeit.

§ 540

Gegen Arbeitsunfall sind ferner Personen versichert, die während einer auf Grund eines Gesetzes angeordneten Freiheitsentziehung oder auf Grund strafrichterlicher Anordnung wie ein nach § 539 Abs. 1 Versicherter tätig werden. Das gilt nicht, soweit diese Personen bereits nach § 539 Abs. 1 versichert sind.

§ 541

(1) Versicherungsfrei sind

1. Personen hinsichtlich der Unfälle im Rahmen eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, für das beamtenrechtliche Unfallvorsorgevorschriften oder entsprechende Grundsätze gelten; ausgenommen sind Ehrenbeamte und ehrenamtliche Richter,

2. Personen hinsichtlich der Arbeitsunfälle, für die ihnen Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz oder solchen Gesetzen gewährt wird, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären, es sei denn, daß der Arbeitsunfall zugleich die Folge einer Schädigung im Sinne dieser Gesetze ist,

3. Mitglieder geistlicher Genossenschaften, Diakonissen, Schwestern vom Deutschen Roten Kreuz und Angehörige solcher ähnlicher Gemeinschaften, die sich aus überwiegend religiösen oder sittlichen Beweggründen mit Krankenpflege, Unterricht oder anderen gemeinnützigen Tätigkeiten beschäftigen, wenn ihnen nach den Regeln ihrer Gemeinschaft lebenslange Versorgung gewährleistet ist,

4. Ärzte, Heilpraktiker, Zahnärzte, Dentisten und Apotheker, soweit sie eine selbständige berufliche Tätigkeit ausüben,

5. unbeschadet des § 777 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 776 Abs. 1 Nr. 1

a) Verwandte auf- oder absteigender Linie des Haushaltsvorstandes oder seines Ehegatten,

b) sonstige Kinder (§ 583 Abs. 5) des Haushaltsvorstandes oder seines Ehegatten,

c) Geschwister des Haushaltsvorstandes oder seines Ehegatten bei unentgeltlicher Beschäftigung im Haushalt.

(2) Scheidet eine verletzte, wegen Versicherungsfreiheit aus der Unfallversicherung nicht entschädigte Person im Sinne des Absatzes 1 Nr. 3 aus der Gemeinschaft aus oder endet die Versorgung, so kann sie für die Zeit danach von dem Träger der Unfallversicherung die Leistungen verlangen, die ihr ohne die Versicherungsfreiheit zustehen würden, es sei denn, daß die geistliche Genossenschaft oder das Mutterhaus von sich aus die Ver-

sorgung in gleichem Umfang sicherstellt. Die geistliche Genossenschaft oder das Mutterhaus erstatten dem Träger der Unfallversicherung dessen Aufwendungen.

§ 542

Versicherungsfrei sind ferner

1. Unternehmer von nicht gewerbsmäßig betriebenen Binnenfischereien oder Imkereien und ihre Ehegatten, wenn die Fischerei oder die Imkerei nicht Bestandteil oder Nebenunternehmen eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist,
2. a) Verwandte auf- oder absteigender Linie dieser Unternehmer oder ihrer Ehegatten,
b) sonstige Kinder (§ 583 Abs. 5) dieser Unternehmer oder ihrer Ehegatten,
c) Geschwister dieser Unternehmer oder ihrer Ehegatten

bei unentgeltlicher Beschäftigung in nicht gewerbsmäßig betriebenen Fischereien oder Imkereien,

3. Personen, die auf Grund einer vom Fischerei- oder Jagdausübungsberechtigten unentgeltlich oder entgeltlich erteilten Fischerei- oder Jagderlaubnis die Fischerei oder Jagd ausüben (Fischerei- oder Jagdgäste),

4. Mitglieder von Sportfischereivereinigungen, soweit sie die im Besitz der Vereinigung stehenden Gewässer zum eigenen Nutzen befischen.

2. Versicherung kraft Satzung

§ 543

(1) Die Satzung des Trägers der Unfallversicherung kann die Versicherung auf Unternehmer erstrecken, die nicht schon kraft Gesetzes versichert sind; ausgenommen sind Haushaltsvorstände, die in § 542 bezeichneten Unternehmer sowie Reeder, die nicht zur Besatzung des Fahrzeugs gehören.

(2) Das gleiche gilt für die im Unternehmen tätigen Ehegatten der auf Grund des Absatzes 1 versicherten Unternehmer.

§ 544

Die Satzung des Trägers der Unfallversicherung kann bestimmen, daß und unter welchen Bedingungen gegen Arbeitsunfälle versichert sind, soweit sie dies nicht schon nach anderen Vorschriften sind,

1. Personen, die nicht im Unternehmen beschäftigt sind, aber die Stätte des Unternehmens besuchen oder auf ihr verkehren,
2. die Mitglieder der Organe und Ausschüsse der Versicherungsträger bei ihrer Tätigkeit in den Organen und Ausschüssen der Verbände der Versicherungsträger.

II. Freiwillige Versicherung.

§ 545

(1) Der Unfallversicherung können freiwillig beitreten, soweit sie nicht schon kraft Gesetzes oder kraft Satzung versichert sind, Unternehmer mit Ausnahme der Haushaltsvorstände und der in § 542 bezeichneten Unternehmer und ihre im Unternehmen tätigen Ehegatten. Die Versicherung erlischt, wenn der Beitrag oder Beitragsvorschuß binnen zweier Monate nach Zahlungsaufforderung nicht gezahlt worden ist. Eine Neuanmeldung bleibt solange unwirksam, bis der rückständige Beitrag oder Beitragsvorschuß entrichtet worden ist.

(2) Besteht die Besatzung eines Seefahrzeugs, das unter ausländischer Flagge fährt, ganz oder teilweise aus Seeleuten, die Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, so können diese von der See-Berufsgenossenschaft auf Antrag des Reeders nach den Vorschriften der deutschen Gesetze versichert werden, wenn nicht der Staat, dessen Flagge das Seefahrzeug führt, der Versicherung widerspricht.

Zweiter Abschnitt

Leistungen der Versicherung

A. Unfallverhütung und Erste Hilfe

§ 546

(1) Die Träger der Unfallversicherung haben mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen und für eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen.

(2) Das Nähere bestimmen die §§ 708 bis 722, 767 bis 769, 801, 832, 865 bis 869, 893 sowie 551 Abs. 4.

§ 548

(1) Arbeitsunfall ist ein Unfall, den ein Versicherter bei einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten erleidet. Als Tätigkeit im Sinne des Satzes 1 gilt auch das Abheben eines Geldbetrages bei einem Geldinstitut, an das der Arbeitgeber den Lohn oder das Gehalt des Versicherten zu dessen Gunsten überweist oder zahlt, wenn der Versicherte erstmalig nach Ablauf eines Lohn- oder Gehaltszahlungszeitraumes das Geldinstitut persönlich aufsucht.

(2) Dem Körperschaden steht die Beschädigung eines Körpersersatzstückes oder eines größeren orthopädischen Hilfsmittels gleich.

(3) Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Arbeitsunfalls nicht aus.

§ 549

Als Arbeitsunfall gilt auch ein Unfall bei einer mit einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten zusammenhängenden Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgerätes, auch wenn es vom Versicherten gestellt wird.

Als Arbeitsunfall gilt auch ein Unfall auf einem mit einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten zusammenhängenden Weg nach und von dem Ort der Tätigkeit. Der Umstand, daß der Versicherte wegen der Entfernung seiner ständigen Familienwohnung von dem Ort der Tätigkeit an diesem oder in dessen Nähe eine Unterkunft hat, schließt die Versicherung auf dem Weg von und nach der Familienwohnung nicht aus.

§ 551

(1) Als Arbeitsunfall gilt ferner eine Berufskrankheit. Berufskrankheiten sind die Krankheiten, welche die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bezeichnet und die ein Versicherter bei einer der in den §§ 539, 540 und 543 bis 545 genannten Tätigkeiten erleidet. Die Bundesregierung wird ermächtigt, in der Rechtsverordnung solche Krankheiten zu bezeichnen, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind; sie kann dabei bestimmen, daß die Krankheiten nur dann Berufskrankheiten sind, wenn sie durch die Arbeit in bestimmten Unternehmen verursacht worden sind.

(2) Die Träger der Unfallversicherung sollen im Einzelfalle eine Krankheit, auch wenn sie nicht in der Rechtsverordnung bezeichnet ist oder die dort bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen, wie eine Berufskrankheit entschädigen, sofern nach neuen Erkenntnissen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.

(3) Für die Berufskrankheiten gelten die für Arbeitsunfälle maßgebenden Vorschriften entsprechend. Als Zeitpunkt des Arbeitsunfalls gilt der Beginn der Krankheit im Sinne der Krankenversicherung, oder, wenn dies für den Versicherten günstiger ist, der Beginn der Minderung der Erwerbsfähigkeit.

(4) Die Bundesregierung regelt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. die Anzeige von Berufskrankheiten durch Unternehmer und Ärzte,
2. die Mitwirkung der für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Stellen bei der Feststellung von Berufskrankheiten,
3. die Gebühren, welche die Träger der Unfallversicherung für die ärztliche Anzeige von Berufskrankheiten, die Vornahme von Untersuchungen und die Erstattung von Gutachten durch die für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Stellen zu entrichten haben,
4. Art und Höhe besonderer Leistungen zur Verhütung einer Berufskrankheit oder ihres Wiederauflebens oder ihrer Verschlimmerung.

In dieser Rechtsverordnung kann auch bestimmt werden, daß die für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Stellen andere Ärzte mit der Durchführung von Untersuchungen beauftragen können.

(1) Die Satzung kann bestimmen, daß landwirtschaftliche Nebenunternehmen und die in ihnen tätigen gegen Arbeitsunfall Versicherten der allgemeinen Unfallversicherung unterstellt werden, wenn in dem Nebenunternehmen überwiegend Personen aus dem Hauptunternehmen tätig sind und die beteiligte landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zustimmt. Die Zustimmung kann durch die für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zuständige Aufsichtsbehörde ersetzt werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht für landwirtschaftliche Unternehmen mit einer Größe von mehr als fünf Hektar sowie Unternehmen des Gartenbaues, Weinbaues, Tabakbaues und anderer Spezialkulturen in einer Größe von mehr als 0,25 Hektar.

Vierter Abschnitt

Unfallverhütung und Erste Hilfe

A. Unfallverhütungsvorschriften

§ 708

(1) Die Berufsgenossenschaften erlassen Vorschriften über

1. Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen, welche die Unternehmer zur Verhütung von Arbeitsunfällen zu treffen haben,
2. das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Arbeitsunfällen zu beobachten haben,
3. ärztliche Untersuchungen von Versicherten, die vor der Beschäftigung mit Arbeiten durchzuführen sind, deren Vorrichtung mit außergewöhnlichen Unfall- oder Gesundheitsgefahren für sie oder Dritte verbunden ist.

Die Vorschriften werden von der Vertreterversammlung beschlossen.

(2) Die Vorschriften müssen auf die Strafbestimmung des § 710 verweisen. Sie sind bekanntzumachen. Die Mitglieder der Berufsgenossenschaften sind über die Vorschriften und die Strafbestimmung zu unterrichten und zur Unterrichtung der Versicherten verpflichtet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für die unter bergbehördlicher Aufsicht stehenden Unternehmen.

§ 709

Die Unfallverhütungsvorschriften und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Vor der Entscheidung hierüber hat er die zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder zu hören.

§ 710

(1) Gegen Mitglieder oder Versicherte der Berufsgenossenschaft, die vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen nach §§ 708, 709 erlassene Unfallverhütungsvorschriften verstoßen, hat der Vorstand Ordnungs-

strafen bis zu 10 000 Deutsche Mark festzusetzen; bei sonstigen fahrlässigen Verstößen kann der Vorstand solche Ordnungsstrafen festsetzen.

(2) Bei fahrlässigen Verstößen kann der Vorstand von der Festsetzung einer Ordnungsstrafe absehen, wenn die Schuld des Täters und die durch den Verstoß verursachte Gefährdung gering sind.

§ 711

Bestimmungen, welche die Landesbehörden für bestimmte Gewerbe- oder Betriebsarten zur Verhütung von Unfällen erlassen, sollen, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist, vorher den beteiligten Berufsgenossenschaften zur Begutachtung mitgeteilt werden.

B. Überwachung

§ 712

(1) Die Berufsgenossenschaften haben durch technische Aufsichtsbeamte die Durchführung der Unfallverhütung zu überwachen und ihre Mitglieder zu beraten.

(2) Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte in der für eine wirksame Unfallverhütung erforderlichen Zahl anzustellen.

(3) Technische Aufsichtsbeamte dürfen nur angestellt werden, nachdem sie die Befähigung für die Tätigkeit als technische Aufsichtsbeamte nachgewiesen haben. Insoweit bedarf die Anstellung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(4) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erläßt allgemeine Verwaltungsvorschriften mit Zustimmung des Bundesrates für die technischen Aufsichtsbeamten über deren Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen.

§ 713

Werden in einem Unternehmen Arbeiten oder sonstige Tätigkeiten durch ein Unternehmen, das einer anderen Berufsgenossenschaft angehört, ausgeführt, so sind die technischen Aufsichtsbeamten der für dieses Unternehmen zuständigen Berufsgenossenschaft berechtigt, diese Arbeiten oder sonstigen Tätigkeiten zu überwachen.

§ 714

(1) Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften und bei bundesunmittelbaren Berufsgenossenschaften die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Beamten sind berechtigt, die Mitgliedsunternehmen der Berufsgenossenschaft während der Arbeitszeit, Schiffe auch während der Liegezeit, zu besichtigen und Auskunft über Einrichtungen, Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffe zu verlangen. Die Unternehmer haben den technischen Aufsichtsbeamten und den übrigen in Satz 1 bezeichneten Personen die Besichtigung zu ermöglichen. Die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften sind berechtigt, gegen Empfangsbescheinigung Proben von Arbeitsstoffen nach ihrer Auswahl zu fordern oder zu entnehmen. Soweit der Unternehmer nicht ausdrücklich darauf

verzichtet, ist ein Teil der Proben antlicht verschlossen oder versiegelt zurückzulassen. Die zuständigen technischen Aufsichtsbeamten sind berechtigt, bei Gefahr im Verzuge sofort vollziehbare Anordnungen zur Beseitigung von Unfallgefahren zu treffen.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig der Pflicht nach Absatz 1 Satz 2 oder einer Anordnung nach Absatz 1 Satz 5 zuwiderhandelt, kann mit einer Ordnungsstrafe bis 10 000 Deutsche Mark belegt werden. Zuständig für die Festsetzung der Ordnungsstrafe ist, soweit sich die Zuwiderhandlung gegen die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Beamten richtet, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, im übrigen der Vorstand der Berufsgenossenschaft.

(3) Der Unternehmer kann die Auskunft über solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder der Gefahr eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten oder der Gefahr einer Ordnungsstrafe aussetzen würde.

(4) Soweit es zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlich ist, wird das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes eingeschränkt.

§ 715

(1) Die von der Berufsgenossenschaft mit der Überwachung beauftragten Personen dürfen fremde Geheimnisse, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen bei der Überwachung bekanntwerden, nicht ohne die Einwilligung des Betroffenen offenbaren oder verwerten. Die Schweigepflicht besteht nicht gegenüber Versicherungs-trägern, staatlichen Behörden, Versicherungsbehörden oder Gerichten bei festgestellten Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften oder sonstigen Verfehlungen der Unternehmer.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Personen sind von dem Versicherungsamt ihres Wohnortes auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten.

§ 716

Die Berufsgenossenschaft hat Namen, Wohnsitz und Aufsichtsbezirk der technischen Aufsichtsbeamten den beteiligten obersten Verwaltungsbehörden anzuzeigen.

§ 717

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung regelt durch allgemeine Verwaltungsvorschriften mit Zustimmung des Bundesrates das Zusammenwirken der Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsbehörden.

§ 718

Erwachsen der Berufsgenossenschaft durch Pflichtversäumnis eines Unternehmers bare Auslagen für die Überwachung seines Unternehmens, so kann der Vorstand dem Unternehmer diese Kosten auferlegen. Die Kosten werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben.

(1) In Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten hat der Unternehmer einen oder mehrere Sicherheitsbeauftragte zu bestellen. Die Bestellung hat unter Mitwirkung des Betriebsrates (Personalrates) zu erfolgen. Die Berufsgenossenschaften können für Betriebe mit geringer Unfallgefahr die Zahl 20 in ihrer Satzung erhöhen.

(2) Die Sicherheitsbeauftragten haben den Unternehmer bei der Durchführung des Unfallschutzes zu unterstützen, insbesondere sich von dem Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fortlaufend zu überzeugen.

(3) Werden mehr als drei Sicherheitsbeauftragte bestellt, so bilden sie einen Sicherheitsausschuß. Der Unternehmer oder sein Beauftragter sollen mindestens einmal im Monat mit den Sicherheitsbeauftragten oder, soweit ein solcher vorhanden ist, mit dem Sicherheitsausschuß unter Beteiligung des Betriebsrates (Personalrates) zum Zwecke des Erfahrungsaustausches zusammentreffen.

(4) In den Unfallverhütungsvorschriften ist die Zahl der Sicherheitsbeauftragten unter Berücksichtigung der nach der Eigenart der Unternehmen bestehenden Unfallgefahren und der Zahl der Arbeitnehmer zu bestimmen.

§ 720

(1) Die Berufsgenossenschaften haben für die erforderliche Ausbildung der nach diesem Gesetz mit der Durchführung der Unfallverhütung betrauten Personen zu sorgen und Mitglieder und Versicherte zur Teilnahme an Ausbildungslehrgängen anzuhelfen.

(2) Die Berufsgenossenschaften tragen die unmittelbaren Ausbildungskosten sowie die erforderlichen Fahrt-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten.

(3) Für die Arbeitszeit, die wegen Teilnahme an einem Ausbildungslehrgang ausgefallen ist, hat die Versicherte Anspruch auf ungemindertes Arbeitsentgelt.

(4) Bei der Ausbildung von Sicherheitsbeauftragten (§ 719) sind die nach Landesrecht für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden zu beteiligen.

C. Erste Hilfe

§ 721

(1) Die Berufsgenossenschaften haben die Unternehmer anzuhelfen, in ihren Unternehmen eine wirksame Erste Hilfe bei Arbeitsunfällen sicherzustellen.

(2) Die §§ 708 bis 718 gelten entsprechend.

D. Unfallverhütungsbericht

§ 722

(1) Die Bundesregierung hat dem Bundestag alljährlich bis zum 31. Dezember des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres einen Bericht über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik (Unfallverhütungsbericht) zu erstatten, der die Berichte der Träger der Unfall-

versicherung und die Jahresberichte der Gewerbeaufsicht zusammenfaßt und einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Arbeitsunfälle, die durch die Unfälle verursachten Kosten und über die Unfallverhütungsmaßnahmen gibt.

(2) Die Träger der Unfallversicherung haben dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung alljährlich bis zum 31. Juli des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres über die Durchführung der Unfallverhütung und die Maßnahmen für die Erste Hilfe zu berichten. Landesunmittelbare Berufsgenossenschaften reichen die Berichte über die für die Sozialversicherung zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder ein, in denen sie ihren Sitz haben.

§ 727

(1) Ist Träger der Unfallversicherung der Bund, ein Land, eine Gemeinde oder die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, so finden die für die Berufsgenossenschaften geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

(2) Es gelten nicht

1. von den Vorschriften über die Berufsgenossenschaften und andere Träger der Versicherung die §§ 649 bis 652,
2. die Vorschriften über die Verfassung der Berufsgenossenschaften (§§ 658 bis 675),
3. die Vorschriften über Angestellte (§§ 690 bis 704),
4. von den Vorschriften über die Aufsicht die §§ 705 und 706,
5. von den Vorschriften über Unfallverhütung und Erste Hilfe die §§ 708 bis 718 und 721 mit der Maßgabe, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft zu berücksichtigen sind, solange die für die Unfallverhütung zuständige Stelle keine entsprechenden Anweisungen erteilt hat,
6. von den Vorschriften über Aufbringung und Verwendung der Mittel die §§ 723 bis 757 und 761; für die Gemeinden und für die Länder, welche die Gemeindeverwaltung ausüben, gilt § 723 entsprechend,
7. von den Strafvorschriften die §§ 773 bis 775.

§ 729

(1) Auf Gemeindeunfallversicherungsverbände und die besonderen Träger der Unfallversicherung für die Feuerwehren finden die für die Berufsgenossenschaften geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

(2) Es gelten nicht

1. von den Vorschriften über die Verfassung der Berufsgenossenschaften die §§ 662 bis 665 und 671 Nr. 5 bis 7,
2. die Vorschriften über Angestellte (§§ 690 bis 704),
3. von den Vorschriften über die Aufbringung der Mittel die §§ 724, 725 Abs. 1, §§ 726 bis 734, 736 bis 739, 741 bis 750, 751 Abs. 2, §§ 752 bis 757 und 761.

DRITTER TEIL

Landwirtschaftliche Unfallversicherung

Erster Abschnitt

Umfang der Versicherung

§ 776

(1) Die landwirtschaftliche Unfallversicherung umfaßt vorbehaltlich des § 644 die folgenden Unternehmen und die in ihnen tätigen gegen Arbeitsunfall Versicherten:

1. Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaues sowie Unternehmen der Binnenfischerei — Fischzucht, Teichwirtschaft, Seen-, Bach- und Flußfischerei — und der Imkerei (landwirtschaftliche Unternehmen).
2. land- und forstwirtschaftliche Lohnunternehmen,
3. Jagden und Park- und Gartenpflege sowie Friedhöfe,
4. Unternehmen zum Schutz und zur Förderung der Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und ihrer Verbände (§ 539 Abs. 1 Nr. 5),
5. die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und ihre weiteren Einrichtungen, die landwirtschaftlichen Familienausgleichskassen und den Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die landwirtschaftlichen Alterskassen und den Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen,
6. die berufliche Aus- und Fortbildung für eine Tätigkeit in den unter Nummern 1 bis 5 genannten Unternehmen (§ 539 Abs. 1 Nr. 14).

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß auch andere als die in Absatz 1 genannten Unternehmen als landwirtschaftliche Unternehmen gelten, wenn sie überwiegend der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaues, der Binnenfischerei oder der Imkerei dienen.

§ 777

Als Teile des landwirtschaftlichen Unternehmens gelten

1. die Haushaltungen des Unternehmers und der im Unternehmen Beschäftigten, wenn die Haushaltungen dem Unternehmen wesentlich dienen,
2. die Landwirtschaft und die Haushaltung solcher ständig im Unternehmen Beschäftigten, die als Entgelt vom Unternehmer Grundstücke oder sonstige Betriebsmittel zur eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung erhalten und aus dieser Erzeugung einen wesentlichen Teil ihres Unterhalts bestreiten,

3. laufende Ausbesserungen an Gebäuden, die dem Unternehmen der Landwirtschaft dienen, Bodenkultur- und andere Bauarbeiten für den Wirtschaftsbetrieb, besonders das Herstellen oder Unterhalten von Wegen, Deichen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen für diesen Zweck, wenn ein landwirtschaftlicher Unternehmer die Arbeiten auf seinen Grundstücken oder für sein eigenes landwirtschaftliches Unternehmen auf fremden Grundstücken ausführt, ohne sie anderen Unternehmern zu übertragen,

4. Arbeiten, die ein landwirtschaftlicher Unternehmer für einen Wasser- und Bodenverband, für eine Teilnehmergemeinschaft im Flurbereinigungsverfahren, für Aufbaugemeinschaften zur Umstellung des Weinbaues auf Pfropfen oder für eine Gemeinde zum Herstellen oder Unterhalten von Gebäuden, Wegen, Deichen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen kraft öffentlich-rechtlicher Pflicht als Landwirt zu leisten hat und die er als Unternehmer ausführt.

§ 778

Nicht als landwirtschaftliche Unternehmen oder als Unternehmen der Gartenpflege gelten Haus-, Zier- und andere Kleingärten, die weder regelmäßig noch in erheblichem Umfang mit besonderen Arbeitskräften bewirtschaftet werden und deren Erzeugnisse hauptsächlich dem eigenen Haushalt dienen.

§ 779

(1) Die Versicherung umfaßt auch solche Unternehmen, die ein landwirtschaftlicher Unternehmer neben seiner Landwirtschaft, aber in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihr unterhält (landwirtschaftliche Nebenunternehmen). Hierher gehören besonders Unternehmen, die ganz oder hauptsächlich dazu bestimmt sind,

1. Erzeugnisse der Landwirtschaft des Unternehmers zu be- oder verarbeiten,
2. Bedürfnisse seiner Landwirtschaft zu befriedigen,
3. Bodenbestandteile seines Grundstücks zu gewinnen oder zu verarbeiten.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Unternehmen, für die der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates wegen ihres erheblichen Umfangs, ihrer besonderen Einrichtung oder der Zahl ihrer Beschäftigten bestimmt, daß sie keine landwirtschaftlichen Nebenunternehmen sind.

(3) Für Binnenschiffahrts-, Fahr- und Flößereiunternehmen gilt Absatz 1 nicht, soweit sie über den örtlichen Verkehr hinausgehen.

§ 786

§ 573 gilt entsprechend auch für Verletzte, für die durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste festgesetzt sind. Dabei ist statt des Tariflohnes oder des sonst ortsüblichen Lohnes der für die höhere Altersstufe festgesetzte Durchschnittssatz maßgebend.

Unfallverhütung und Erste Hilfe

§ 801

(1) Die §§ 708 bis 722 gelten.

(2) Die in § 714 Abs. 1 aufgeführten Befugnisse stehen auch anderen Bediensteten der Berufsgenossenschaft zu, wenn sie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Unternehmen bestellt sind. Auch für diese Bediensteten gelten § 712 Abs. 1 und 2 sowie § 715.

§ 832

Ist der Bund oder ein Land Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, so gilt § 767 entsprechend.

Mein Dank gilt Herrn Prof. Dr. S. S c h ö n h e r r
für die Anregung zum vorliegenden Thema und für die
Unterstützung bei der Abfassung der Arbeit.

Herrn Direktor H e i d t danke ich für die Möglich-
keit der Auswertung der Stichprobe.

L e b e n s l a u f

Am 26. 4. 1941 wurde ich, Otto Welcker, in Cottbus (Mark Brandenburg) als Sohn des Oberforstmeisters Ernst Welcker und seiner Ehefrau Ruth, geb. Utech, geboren.

Die ersten vier Jahre meines Lebens verbrachte ich in Speichrow (Kreis Beeskow). Anfang 1945 flohen wir nach Rahden/Westf. und zogen 1946 nach Hörter/Weser. Ostern 1948 wurde ich dort eingeschult. Nach einem Umzug nach Bad Driburg besuchte ich zunächst die Volksschule weiter und ging dann auf das Progymnasium. Ab 1951 besuchte ich nach erneuter Versetzung meines Vaters das Max-Planck-Gymnasium in Düsseldorf und nach einem weiteren Umzug ab 1957 das Städtische Gymnasium in Schleiden/Eifel, an dem ich im Februar 1962 die Reifeprüfung ablegte.

Achtzehn Monate Wehrdienst schlossen sich an. Im WS 63/64 begann ich das Studium der Veterinärmedizin an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Freien Universität Berlin, bestand dort am 10. 12. 1965 die tierärztliche Vorprüfung und am 13. 5. 1969 die tierärztliche Prüfung. Am 5. 6. 1969 erhielt ich die Bestallung als Tierarzt und war ab Mai 1970 zunächst als Teilzeitassistent und dann als wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung für Versicherungsveterinärmedizin, Statistik und Dokumentation des Fachbereiches Veterinärmedizin der FU Berlin tätig.

Seit 16. 5. 1972 arbeite ich als Assistent in einer Großtierpraxis in der Eifel.

Druck:

Der Präsident der Freien Universität Berlin
- Universitätsdruckerei -

1 Berlin 41, Kelchstraße 31

